

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Berlin-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeile ober deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Dienstag, den 2. März 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Historische Auffassungen.

Die Rede, die der Kaiser lehtin bei dem Festessen des Provinzial-Landtages der Provinz Brandenburg hielt, enthielt neben den Angriffen auf unsere Partei auch eigentümliche historische Rückblicke auf die Gründung des Deutschen Reiches. Die bezüglichen Stellen der Rede sind wieder ein Beispiel, wie verschieden historische Ereignisse und seien sie eben erst geschehen, in verschiedenen Köpfen sich verschieden widerspiegeln. Nach der Auffassung des Kaisers ist die Gründung des Deutschen Reiches das ausschließliche Werk Wilhelm I. Wilhelm II. zufolge war Wilhelm I. ein Staatsmann, der weitblickig und vorausberechnend die Gründung des Reiches längst ins Auge faßte und um deswillen bereits anfangs der sechziger Jahre die neue Heeresorganisation wider den Willen der Volksovertreter durchsetzte.

Ganz anders sah Wilhelm II. verstorbenen Vater, Kaiser Friedrich III., die Dinge an, er, der den Werdegang der Ereignisse aus nächster Nähe verfolgte und selbst eine Rolle in dem Gang derselben spielte.

Die Auffassungen Friedrichs III. über die Politik seines Vaters Wilhelm I. in den entscheidenden Monaten des Jahres 1870 und 1871 sind niedergelegt in dessen Tagebuch, dessen theilweise Veröffentlichung seinerzeit so gewaltiges Aufsehen erregte und dem Veröffentlichlicher desselben, dem Geheimrath Geffen, um ein Haar einen Hochverratsprozeß einbrachte, dessen Einleitung Bismarck mit aller ihm zu Gebote stehenden Macht betrieb.

Die kaiserliche Rede vom 26. Februar läßt es an der Zeit erscheinen, einmal die Auffassungen, die Kaiser Friedrich und sein Sohn, Kaiser Wilhelm II., über den Gründer des Reiches, Kaiser Wilhelm I., haben, einander gegenüberzustellen. Die Schlussfolgerungen zu ziehen, bleibt dem Leser überlassen.

Die auf Wilhelm I. bezüglichen Sätze der kaiserlichen Rede vom 26. Februar lauten nach den vorliegenden Veröffentlichungen:

„Das alte Deutsche Reich wurde verfolgt von außen, von seinen Nachbarn, und von innen, durch seine Parteimengen. Der einzige, dem es gelang, gewissermaßen das Band einmal zusammenzufassen, das war der Kaiser Friedrich Barbarossa. Ihm dankt das deutsche Volk noch heute dafür. Seit der Zeit verfiel unser Vaterland, und es schien, als ob niemals der Mann kommen sollte, der im Stande wäre, dasselbe wieder zusammenzufügen. Die Verfassung schuf sich dieses Instrument und suchte sich aus den Bräun, den wir als den ersten großen Kaiser des neuen Deutschen Reiches begrüßen konnten. Wir können ihn verfolgen, wie er langsam heranreife von der schweren Zeit der Prüfung bis zu dem Zeitpunkte, wo er als fertiger Mann, dem Greisenalter nahe, zur Arbeit berufen wurde, sich jahrelang auf seinen Beruf vorbereitend, die großen Gedanken bereits in seinem Haupte fertig, die es ihm ermöglichsten sollten, das Reich wieder erstehen zu lassen. Wir sehen, wie er zuerst sein Heer stellt und aus dinsthaftesten Bauernsöhnen seiner Provinzen, sie zusammenreißt zu einer kräftigen, waffenglänzenden Schaar; wir sehen, wie es ihm gelingt, mit dem Heer allmählig eine Vormacht in Deutschland zu werden und Brandenburg-Preußen an die führende Stelle zu setzen. Und als dies erreicht war, kam der Moment, wo er das gesammte Vaterland anrief und auf dem Schlachtfeld der Segner Einigung herbeiführte.“

Was schreibt nun der Vater Wilhelm's II.

Die erste Äußerung, die das Tagebuch Kaiser Friedrichs über die Auffassung Kaiser Wilhelm's I. bezüglich seines deutschen Berufes enthält, findet sich verzeichnet unter dem 23. August 1870. Dort heißt es:

„Den König gesehen, der wieder fester; ich sehe es mit Mühe durch, daß das eiserne Kreuz auch Nicht-Preußen verliehen wird.“

Unter dem 30. September schreibt Kaiser Friedrich:

„Ich rede Se. Majestät auf die Kaiserfrage an, die im Rücken begriffen; (d. h. sie wurde in Deutschland von den sogenannten gefühnten Parteien aufgeworfen. D. N.); er betrachtet sie als gar nicht in Aussicht stehend; beruft sich auf die Bois-Reymond's Äußerung, der Imperialismus liege zu Boden, sodas es in Deutschland künftig nur einen König von Preußen, Herzog der Deutschen geben könne. Ich zeige dagegen, daß die drei Könige uns nöthigen, den Supremat durch den Kaiser zu ergreifen, daß die taufendjährige Kaiser- oder Königskrone nicht mit dem modernen Imperialismus zu thun habe, schließlich wird sein Widerspruch schwächer.“

Sonntag, den 18. Dezember 1870 sollte die Deputation, die der Reichstag nach Versailles gesandt hatte, mit einer Adresse, in der König Wilhelm als Kaiser begrüßt werden sollte, empfangen werden. Der König hatte diesem Empfang so wenig Bedeutung beigemessen, daß er ganz erstaunt war, als der Kronprinz ihm sagte, die anwesenden Fürsten und Generale hätten, dem Empfang der Deputation beiwohnen zu dürfen. Der König antwortete:

„wenn wirklich jemand von den genannten dabei zu sein Lust habe, er nicht dawider haben würde. So erschienen alle, wiewohl der König seine Ueberraschung darüber äußerte, nur Luitpold fehlte, im letzten Augenblick wurden noch die königlichen Adjutanten bestellt.“

Den 12. Januar schreibt Kaiser Friedrich:

„Ich mache dem König daraus aufmerksam, daß Schleiß über Kaiser und Reich gehört werden müsse; er antwortet, er sähe im Kaiser nur eine Umänderung des Präsidiums des Bundes

und würde sich am liebsten König von Preußen, erwählter Kaiser von Deutschland nennen, worin ich eine förmliche Beleidigung der Fürsten wie des Volkes erblicken würde.“

Am 17. Januar, am Tage vor der Kaiserproklamation, schreibt Friedrich:

„Die Reichsfarben machen wenig Bedenken, die, wie der König sagt, sind nicht aus dem Straußenschmuck ge- riegen; doch werde er die Kokarde nur neben der preussischen dulden, er verbat sich die Zuzuthung, von einem kaiserlichen Heere zu hören, die Marine aber möge kaiserlich genannt werden, man sah, wie schwer es ihm wurde, morgen von dem alten Preußen, an dem er so fehhält, Abschied nehmen zu müssen. Als ich auf die Hansgeschichte hinwies, wie wir vom Burggrafen zum Kurfürsten und dann zum König gestiegen seien, wie auch Friedrich I. ein Scheinkönig- thum geübt und dasselbe doch so mächtig geworden, daß uns jetzt die Kaiserwürde zufalle, erwiderte er: Mein Sohn ist mit ganzer Seele bei dem neuen Stand der Dinge, während ich mir nicht ein Haar breit daraus mache und nur zu Preußen halte.“

Wie neben dem Kaiser auch Bismarck erst geschoben werden mußte, bis auch er seine Einwilligung zu der jetzt geschaffenen Ordnung der Dinge gab, darüber enthalten die Veröffentlichungen aus dem Tagebuch ebenfalls sehr interessante Streiflichter. Doch diese Äußerungen gehören in diesem Augenblick nicht hierher, sie beweisen aber auch, daß vor Ausbruch des Krieges 1870 niemand von den maßgebenden Personen an das dachte, was das Jahr 1871 brachte. Wilhelm I. war nicht der Schieber, sondern der Geschobene.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 1. März 1897.

Die letzte Kaiserrede muß vor ihrer Veröffentlichung sehr redigirt worden sein. Hierüber theilt die „Berliner Zeitung“ folgendes mit:

Wie wir von zuverlässiger Seite hören, waren die Worte des Kaisers zum theil weit schärfer, als das Wolff'sche Telegraphen- bureau sie weiterverbreitet hat. In Bezug auf die Sozial- demokratie forderte der Kaiser auf, uns von dieser Pest zu befreien, die unser Volk durchseucht. Wolff spricht statt dessen nur von einer Krankheit. Die Sozial- demokratie, so erklärte der Kaiser mit erhobener Stimme, müsse „ausgerottet werden bis auf den letzten Stumpf“. Aus dieser kräftigen Wendung wurde im offiziellen Text ein maittes „uns überwinden werden“. „Ich werde mich freuen“, sagte der Kaiser, „jedes Mannes Hand in der meinen zu wissen, er sei edel oder unfrei“. Aus diesem der Zeit des Feudalismus entnommenen Gegensatz machten die Redaktoren „sei er Arbeiter, Fürst oder Herr“.

Schließlich soll nach derselben Quelle der Kaiser die „braven, tüchtigen Rathgeber“ des alten Kaisers nicht als die „Werkzeuge“, sondern als die „Handlanger seines erhabenen Willens“ bezeichnet haben.

Vorkäuser der letzten Kaiserrede. Die Rede des Kaisers auf dem Abendessen des brandenburgischen Provinzial- Landtages war nicht die erste, die der Kaiser gegen die Sozial- demokratie hielt. Ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu er- heben, führen wir die folgenden gegen die Sozialdemokratie gerichteten Stellen aus den Reden Kaiser Wilhelm II. an.

Nun vor seinem Regierungsantritte — es war eine seiner ersten öffentlich bekannt gewordenen politischen Äußerungen — sagte der spätere Kaiser in der bekannten, von dem damals (1887) sich vollster Gnade und höchsten Vertrauens erfreuenden Süder arrangirten Waldersee-Versammlung:

„Gegenüber in grundstürzenden Tendenzen einer anarchischen und glaubenlosen Partei ist der wirksamste Schutz von Thron und Altar die Zurückführung der glaubenlosen Menschen zum Christenthum und zur Kirche und damit zu der Anerkennung der göttlichen Autorität und der Liebe zur Monarchie zu suchen. Der christlich-soziale Gedanke ist deshalb mit mehr Nachdruck als bisher zur Geltung zu bringen.“

In der Thronrede bei Eröffnung des deutschen Reichs- tags am 25. Juni 1888 sagte der Kaiser:

„Ich halte für geboten, unsere staatliche und gesellschaftliche Entwicklung in den Bahnen der Gesehlichkeit zu erhalten und allen Bestrebungen, welche den Zweck und die Wirkung haben, die staatliche Ordnung zu untergraben, mit Befestigkeit entgegen zu treten.“

In einer Kabinettsordre vom 1. Mai 1889 findet sich der folgende Satz:

„Die Lehren der Sozialdemokraten wider- sprechen nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre, sondern sind in Wirklich- keit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich.“

In derselben befindet sich noch die folgende Stelle:

„Die Lehren der Sozialdemokratie sind prak- tisch nicht ausführbar, und wenn sie es wären, würde die Freiheit des Einzelnen bis in seine Häuslichkeit hinein einem unerträglichen Zwange unterworfen. Die angeblichen Ideale der Sozialisten sind durch deren eigene Erklärung hinreichend gekennzeichnet.“

In einer Ansprache an die Abordnung der Knappen- vereine im Ruhr-Kohlenrevier am 14. Mai 1889 sagte der Kaiser:

„Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleich- bedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.“

Eine Ansprache der Abordnung der Knappenvereine im Ruhr-Kohlenrevier vom 14. Mai 1889 beantwortete der Kaiser u. a. mit folgenden Worten:

„Merke ich, daß sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischen und zu ungeseglichem Wider- stand ansetzen, so würde ich mit unnachlässlicher Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die mir zufließt — und dieselbe ist eine große — zur An- wendung bringen.“

Am 7. September 1894 hielt der Kaiser bei einer Gala- tafel in Königsberg i. Pr. eine Tischrede, in der er betonte: „Ich bin der größte Grundbesitzer in unserem Staate“, und an die Agrarier die Worte richtete: „Ausgelöscht be- trachte ich alles was geschah“. Gegen den Schluß der Rede finden sich die folgenden Sätze:

Eine erhebende Feier hat sich vorgestern vor unseren Augen abgespielt; vor uns steht die Statue Kaiser Wilhelm I., das Reichssymbol erhoben in der Rechten, das Symbol von Recht und Ordnung. Es mahnt uns alle an andere Pflichten, an den ersten Kampf wider die Bestrebungen, welche sich gegen die Grundlage unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens richten. Nun, mein Herr, an Sie ergeht jetzt mein Ruf: „Auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes“. Wie der Epöen sich um den thronigen Eichbaum legt, ihn schmückt mit seinem Laub und ihn schützt, wenn Stürme seine Krone durchbrausen, so schließt sich der preussische Adel um mein Haus. Möge er und mit ihm der gesammte Adel deutscher Nation ein leuchtendes Vorbild für die noch zögernden Theile des Volkes werden. Wohlan denn, lassen Sie uns zusammen in diesen Kampf hineingehen! Vorwärts mit Gott und ehrlos, wer seinen König im Stiche läßt!...“

Vierzehn Tage später sagte der Kaiser in einer Beant- wortung einer Begrüßungsansprache des Bürgermeisters von Thorn:

„Ich erinnere an die Worte, welche ich lehtin in Königsberg gesprochen habe: „Auf zum Kampf gegen die Umsturz- parteien!“ Nur diejenigen können sich meiner königlichen Gnade versichert halten, welche sich voll und ganz als preussische Unter- thanen betrachten. Ich hoffe, daß die Thornier polnischen Mit- bürger sich entsprechend dem, was ich in Königsberg gesagt, ver- halten werden, denn nur dann, wenn wir alle, Mann an Mann geschlossen, wie eine Phalanx zu- sammenstehen, ist es möglich, den Kampf mit dem Umsturz siegreich zu Ende zu führen. Daß die Thornier in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen, wünsche ich von Herzen.“

Anlässlich der 25 jährigen Wiederkehr des Sedantages wurde am 2. September 1895 im weißen Saale des königl. Schlosses ein Paradebühnen abgehalten, auf dem der Kaiser einen Trink- spruch ausbrachte, der auch folgenden Satz enthielt:

„Doch in die hohe große Festrede schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört! Eine Rote von Menschen, nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähren, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesammte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen. Ge- schieht es nicht, nun denn, so rufe ich Sie, um der hoch- verrätherischen Schaar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.“

Anfangs Dezember 1895 hielt der Kaiser bei dem Offiziers- bühnen im Kasino der Leib-Kürassiere zu Breslau eine Ansprache, die den folgenden Satz enthielt:

„Und je mehr man sich hinter Schlagworte und Partei- rücksichten zurückzieht, desto fester und sicherer reche ich auf meine Arme und desto bestimmter hoffe ich, daß meine Arme, sei es nach außen oder nach innen, meiner Wünsche und meiner Winke gewärtig sein wird. Daß dem so sei, dafür vertraue ich dem Geiste, der auch in diesem Regiment lebt, und ich greife dabei auf ein Wort zurück, das mein hochseliger Großvater einst sprach, als er in Koblenz nach der schweren Zeit von 1848 aus Land stieg und bei dem großen feierlichen Empfang die Offizierskorps neben sah, indem er auf sie hinweisend sagte: „Das sind die Herren, auf die ich mich verlasse.“

Am 18. Oktober 1895 telegraphirte der Kaiser aus dem Jagdschloß Hubertusstock an den Statthalter von Elsaß- Lothringen:

„Erfahre soeben aus Zeitungen die Kunde des abscheulichen Mordes an dem Fabrikanten Schwarz in Mülhausen. Ich bitte daher Ew. Durchlaucht in meinem und der Kaiserin Namen, unser innigstes Beileid der unglücklichen Wittve auszusprechen. Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angeführten Revolutionsbewegung. Wenn unser Volk sich doch ermannete.“

Um unsere Darstellung vollständig zu machen, wollen wir hierbei auch auf die berühmte gewordenen Knadsus- Bilder verweisen.

Gibt man die Stimmen der Presse nach den verschiedenen Kaiserreden gegen unsere Partei durch, so gilt auch nach der letzten Kaiserrede das, was der unserer Partei sicherlich nicht freundlich gesinnte Reichstags- Abgeordnete der freimüthigen Vereinigung Dr. Theodor Barth Ende 1895 in seiner „Nation“ schrieb:

„Thatsache ist, daß in der Bevölkerung die Neigung nicht zu-, sondern abnimmt, sich an einem Kreuzzuge gegen die Sozial- demokratie zu betheiligen.“

Und als geschichtliche Thatsache wollen wir noch anführen, daß die deutsche Sozialdemokratie, welche 1887, als der jetzige Kaiser seine erste Rede gegen den Umsturz hielt, 763 128 Stimmen bei den Reichstags- Wahlen hatte, bei den Wahlen des Jahres 1890 sich mit 1 427 298 Stimmen als die

stärkste Partei in Deutschland erwies, und 1893 1786 738 Stimmen auf sich vereinigte. Die nächste Wahl wird — das sind wir gewiß — das weitere Wachstum unserer Partei bekunden und aller Welt zeigen, daß das deutsche Volk über den „Umsturz“ anders denkt als der deutsche Kaiser. —

Erinnerungen. Am 11. August 1870 hatte der Kronprinz, spätere Kaiser Friedrich in dem damaligen Hauptquartier der dritten Armee in dem Vogesendorf Peterskast eine Unterredung mit Gustav Freytag, dem bekannten Dichter, seinem Vertrauten. Er sprach ihm auseinander, wie er sich die Gestaltung der Verhältnisse Deutschlands nach dem Krieg dachte, und daß seinem Wunsche nach die Kaiserkrone für die Hohenzollern aus dem Kriege hervorgehen müsse. Gustav Freytag erhob die folgenden Einwendungen:

Ueber die politische Zweckmäßigkeit eines neuen Kaiserthums Deutschland mögen andere urtheilen, mir, als einem persönlich verpflichteten Mann giebt große Mühe vielleicht ein Recht zu sagen, daß mir noch eine ganz andere Rücksicht die Kaiseridee unlieb macht. Ihre Durchföhrung bedroht das Geschlecht der Hohenzollern mit einer Anhäufung derselben Gefahren, durch welche mehr als eine erlauchte Heroenfamilie zum Unglück ihres Volkes an Kraft und Tüchtigkeit verloren hat. Was unterscheidet die Hohenzollern, die, als Menschen betrachtet, keineswegs immer bedeutender und kräftiger gewesen sind als ihre Standesgenossen, von anderen Königen, die, wie sie, in sicherem Erbe stehen? Doch zumeist der Umstand, daß sie um ihrer Selbsterhaltung willen und zur Mehrung ihrer Macht genöthigt waren, den Vortheil der deutschen Nation gegen das Hausinteresse anderer erlauchter Familien zu vertreten. Jeder große Fortschritt ist durch sie in den Zeiten erungen, wo diese Nothwendigkeit ihr Leben und ihre Thätigkeit beherrschte. Die Gefahren ihrer erhabenen Stellung, die Abgeschlossenheit vom Volke, das leere Schaugepränge, das Beharren in einem verhältnißmäßig engen Kreise von Anschauungen, die Befehle ihrer Tage mit unmutigen Nichtigkeiten, das Alles ist in diesen zwei Jahrhunderten scharfer Arbeit für sie wenig gefährlich gewesen. Eine gewisse spartanische Einfachheit und Strenge hat Beamtenthum, Heer und Volk in Furcht gehalten. Die neue Kaiserwürde wird das schnell ändern. Die deutsche Kaiserkrone hat zur Voraussehung nicht nur die achtungsvolle Bewahrung der regierenden Häuser, durch deren Genehmigung sie jetzt gewonnen werden soll, sondern auch eine unablässige Repräsentation den Fürsten gegenüber. Aller Glanz der Majestät, die Staatsaktion bei vornehmen Besuchen, die Hofämter, die Schnelbearbeit in Kostüme und Dekorationen werden zunehmen und, wenn sie erst einmal eingeführt sind, immer größere Wichtigkeit beanspruchen. Der einfache blaue Rock der Hohenzollern wird jetzt nur noch als alterthümliche Erinnerung hervorgehoben werden. Das Selbstgefühl aller Fürsten wird sich steigern; aber ebenso sehr das Selbstgefühl des Volks, der ganze fast überwundene Stamm alter, nicht mehr zeitgemäßen Ansprüche wird sich schnell mehren. Ueberall wird das sichtbar werden, auch im Beamtenthum und im Heere. Die Zahl der vornehmen Herren, welche in der Armeehöhe Kommandos nicht wegen erprobter Tüchtigkeit, sondern wegen ihrer Geburt erhalten, ist schon gerade groß genug, eine Mehrung solcher Befehlshaber, von deren Urtheil Schicksal und Leben unserer wackeren Soldaten abhängen soll, wird zum Nachtheil werden. Bei der schnellen Steigerung des Wohlstandes ist es schon jetzt sehr schwer, in den Offiziersklassen die alte Zucht und Einfachheit zu erhalten, für die Zukunft wird das nur möglich, wenn unsere Fürsten selbst unablässig ein gutes Beispiel der Einfachheit geben und den Regimentern die Gelegenheit nicht gewähren, in vornehmer Kameradschaft Geld auszugeben. Und wie im Heer und in der Verwaltung, so wird auch im bürgerlichen und servilen Wesen sich einschleichen, das unserer alten preussischen Loyalität nicht eigen war. In Zeiten des Gedeihens werden die Deutschen wohl solchen Uebelstand ertragen können, wenn er auch vielen Einzelnen die Energie und Tüchtigkeit vermindert. Aber jede Einföhrung ruft auch ihren Gegensa hervor und durch unser Jahrhundert geht eine starke demokratische Unterströmung. Wird einmal durch große Unfälle und ein Misregiment im Volke die Unzufriedenheit verbreitet, dann drohen auch den altheimischen regierenden Familien größere Gefahren. Schon jetzt sind unsere Fürsten in der Lage, gleich Schauspielern auf der Bühne zwischen Blumensträußen und lautem Beifallsklatschen begeisterter Zuschauer dahinzumarschieren, während in der Verborgenheit die vernichtenden Dämonen lauern u. s. w.

Gustav Freytag: „Der Kronprinz — die deutsche Kaiserkrone.“ Leipzig, S. Hirzel 1889, p. 23—28.

Unmittelbar nach der Kaiserproklamation in Versailles schilbert Kaiser Wilhelm I. der Kaiserin eingehend die Feier, indem er, wie in der Festschrift zur Zentenarfeier von Professor Onken mitgetheilt ist, mit folgenden Worten beginnt:

„Eben lehre ich vom Schlosse nach vollbrachte Kaiserakt zurück! Ich kann Dir nicht sagen, in welcher morosen Emotion ich in diesen letzten Tagen war, theils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, theils und vor allem über den Schmerz, den preussischen Titel verdrängt zu sehen! In einer Konferenz gestern mit Friß, Bismarck und Schlieffen war ich zuletzt so moros, daß ich drauf und dran war, zurückzutreten und Friß alles zu übertragen.“

Das preussische Abgeordnetenhause überwiegt heute zunächst nach kurzer Debatte den Antrag Kuebel, betreffend gesetzliche Regelung des Pensions- und Rentenversorgungswezens der Gemeindefunktionäre der Rheinprovinz, an die Gemeindefunktionäre und wandte sich sodann der Besprechung der Interpellation v. Dettle und Genossen, betreffend die Einföhrung eines Zolles auf Quebrachholz, zu. Nachdem der Interpellant mit den üblichen agrarischen Phrasen seine Interpellation begründet hatte, erklärte der Handelsminister Bresselt, daß die Regierung sich zur Einföhrung eines Zolles auf Quebrachholz nicht entschließen könne; ob die Landwirtschaft von einer solchen Maßregel Vortheile habe, sei fraglich, dagegen stehe fest, daß die Industrie hierdurch in hohem Maße geschädigt wird. Alle großen Gerbereien setzen auf die Verwendung von Präparaten und Extrakten eingerichtet, die nach den bestehenden Handelsverträgen zollfrei sind. Die Einföhrung eines Quebrachzollens sei also auch mit den Handelsverträgen nicht vereinbar; wie sich die Regierung nach Ablauf der Handelsverträge zu dieser Frage stellen werde, ließe sich heute noch nicht sagen.

Die Beantwortung des zweiten Theils der Interpellation, der die Regierung anfragt, mit welchen Mitteln sie die Eichenschälwäldungen vor dem durch die zollfreie Einföhrung von Quebrachholz drohenden Untergang bewahren wolle, übernahm der Ober-Landesforstmeister Donner. Derselbe betonte, daß die Regierung eine Verminderung des Areals ihrer Schälwäldungen beabsichtige, um die Preise der Privatbetriebe zu heben; es sei ferner nicht ausgeschlossen, daß der Staat verwaistete Schälwäldungen ankaufe; auch werde der Armeebedarf an Leder nach wie vor durch mit Bohle gegerbtes Leder gedeckt werden, da sich dies als besonders haltbar erweisen habe.

Im Sinne der Interpellanten sprachen sich unter mehr oder minder heftigen Angriffen auf die Handelsverträge die Abgg. Glattfelder (Z.), Frhr. v. Erla (L.), der die Regierung aufforderte, endlich mit der jetzigen Wirtschaftspolitik zu brechen, Dabach (Z.), Stöbel (Z.), Kuebel (natl.), Pies (Z.) und Graf Kanitz (L.), der die Gelegenheit benutzte, um einen verheerenden Angriff gegen den ihm verhassten natürlich nicht anwesenden Staatssekretär Freiherrn v. Marschall zu richten und zugleich eine Probe seiner eigenen Verscheidenheit abzulegen. Er ersuchte den Handelsminister, dem Frhr. v. Marschall und dem Grafen Pofadonofsky mitzutheilen, daß man sich zur Einföhrung eines Zolles auf Quebrachholz nur mit Italien und Oesterreich ins Einvernehmen zu setzen brauche. Im übrigen sollte die Regierung, wenn sie wieder einmal Handelsverträge abschließen, ihn, den

Grafen Kanitz, mit der Abfassung derselben betrauen, denn dann würde es nicht vorkommen, daß ein Minister später sein Bedauern über die Handelsverträge ausdrückt. — Die Antwort des Handelsministers war nicht gerade schnell, wenn er, auch mit einer gewissen Heftigkeit die Regierung gegen die Vorwürfe des Grafen Kanitz in Schutz zu nehmen suchte. — Gegen einen Zoll auf Quebrachholz sprach nur die Abg. Möller (natl.), Dr. Lange (hans (fr. Vp.), Brömel (fr. Vg.) und v. Seydewitz, der im Namen der Nationalisten die nicht gerade überraschende Erklärung abgab, daß sie in der Beurtheilung der Wirkungen der Handelsverträge getheilte Ansicht sind.

Morgen steht außer kleineren Vorlesungen die Interpellation Fetisch betreffend die Handwerker-Vorlage auf der Tagesordnung. —

Ein sozialdemokratischer Minister (Regierungsrath) hat nun einer der wichtigsten schweizerischen Kantone. Eine Privatdepesche aus Zürich meldet uns:

Der Kandidat der Sozialdemokraten für den erledigten Sitz des Regierungsraths Genosse Ernst, Stadtrath in Winterthur, ist bei der gestrigen Stichwahl mit 85 897 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten Haab gewählt worden. In der Arbeiterbevölkerung des ganzen Kantons herrscht die größte Begeisterung.

Die kretensische Frage ist trotz der so viel gerühmten Einigkeit der Großmächte heute noch nicht gelöst. Das Ultimatum an Griechenland ist noch immer nicht überreicht, die Instruktionen der diplomatischen Vertreter in Athen sollen so sehr von einander abweichen, daß eine Einigung über den Wortlaut des gemeinsamen Ultimatus der Großmächte noch nicht erzielt werden konnte. In diesen kleinen Hemmnissen der gemeinsamen Aktion gegen Griechenland scheint Methone zu liegen. Ueber die Lage auf Kreta liegen folgende Meldungen vor.

In der Stadt Kandia und der Umgebung ist die türkische Bevölkerung von einer Hungersnoth bedroht. Die Insurgenten treffen Vorbereitungen zum Bombardement der Stadt Yerapetra. Den fremden Kriegsschiffen gelang es, an einigen Punkten die Mohammedaner vor den Grausamkeiten der Christen zu retten. Wo dies infolge der Entfernung von der Küste nicht möglich ist, sind die Moslems der Noth der christlichen Missionärs ausgesetzt, die durch die Anwesenheit griechischer Truppen auf der Insel zu unumstößlichen Greweln ermuntert werden.

Wie aus Kanea von Sonntag Nachmittag 2 Uhr 40 Min. gemeldet wird, hat vor Hexaleion ein neuer Kampf zwischen Türken und Russländern, welche letztere von dem Führer Korakas befehligt waren, stattgefunden. Die Christen wurden zurückgeschlagen, die Türken behaupteten ihre Stellungen. — Von Nachmittag 3 Uhr 40 Min. wird aus Kanea gemeldet: In Malaga, oberhalb Tsalalaria sind Türken von den Christen eingeschlossen und leiden seit mehreren Tagen Mangel an Lebensmitteln. Als heute die Türken unter Bedeckung von Nizams Kanea verließen, um den eingeschlossenen Lebensmitteln zu bringen, entspann sich ein Kampf, in dem einige Türken und Nizams getödtet wurden. Eine türkische Fregatte gab auf die russländischen zwei Kanonenschüsse ab, stellte aber auf Befehl der fremden Schiffe das Feuer ein. Die Türken suchten sich mit den Lebensmitteln zurückziehen. — Die Ortschaften Tsalalaria und Nerokura sind von Paschiboguz in Brand gesteckt worden. Aus Kandia wird der „Köln. Bzg.“ telegraphirt, daß die Lage immer trauriger werde. Die Hungersnoth unter der Bevölkerung werde infolge gänzlichen Mangels an Nahrungsmitteln in den nächsten Tagen allgemein sein und schwere Folgen haben. Katastrophen dürften unvermeidlich sein. — Auch in Methone sei ein Fortschritt zu gunsten des Anschlusses an Griechenland bemerkbar. Christen und Türken erhoffen eine schnelle Lösung.

Zahlreiche andere Meldungen beziehen sich auf die von den Türken energisch betriebenen Rüstungen und auf die großen Truppenverschiebungen an die griechische Grenze. —

Herr Rhodes, der afrikanische Bismarck, sucht, nachdem er lange gesunkelt, gelehnet, verdröht und gelogen, schließlich aber doch in dem Reg seiner Lügen verstrickt hatte, die Untersuchungskommission durch den Hinweis auf eine geheimnißvolle „fremde Macht“, die er jedoch nicht nennen könne, deren Zwecke er aber patriotisch habe vereiteln müssen, von der Fährte abzulenken. Die „fremde Macht“ ist natürlich Deutschland, das er schließlich auch direkt nannte.

Herr Rhodes rechnet bei diesen von uns schon voriges Jahr vorausgesagten Theaterkoup auf die Wirkung, die das bekannte Telegramm des deutschen Kaisers in England hervorgerufen hat und hervorbringen mußte. Er weiß so gut wie wir, daß er eine Unwahrheit sagt. Der „Vorwärts“ ist das einzige Blatt, das seinerzeit jenes Telegramm wegen seiner unglücklichen Fassung, die mit Nothwendigkeit Mißverständnisse hervorgerufen mußte, kritisirte. Wie sind auch davon unterrichtet, daß deutsche Kolonialabenteurer, die mit Beziehungen zur „höchsten Stelle“ renommirten, thatsächlich von deutsch-afrikanischer „Weltpolitik“ gefaselt haben, allein Herr Rhodes ist ein viel zu geriebener Bursche, als daß er sich des Blödsinnigen und absolut Unmöglichkeit solcher Fälschereien nicht voll bewußt wäre.

Er flunkert also auch mit dieser Rede und stellt sich durch sie auf das Niveau seiner englischen Detektives, welche die Schnapsphantasen des famosen Tynan (Fr. 1) für ernst nahmen. Uebrigens hat die jämmerliche, alles andere nur nicht heldenhafte Rolle, welche Herr Rhodes vor der Untersuchungskommission spielt, sein Prestige in England zerstört. Die Welt ist wieder einmal um einen „großen Mann“ ärmer. —

Deutsches Reich.

— Zur Diätenfrage bringt die „Köln. Volksztg.“ folgende statistische Uebersicht. In Europa zahlen nur Deutschland, Spanien und England keine Diäten an die Parlaments-Abgeordneten. Die höchsten Diäten werden in Frankreich gegeben, das seinen Abgeordneten jährlich 9000 Fr. zahlt und freie Fahrt 1. Klasse auf den Bahnen gewährt. Ungarn gewährt 4000 M. jährlich, ferner etwa 800 Gulden für Miete, ein billiges Abonnementbillet auf den Staatslinien. Die Niederlande geben den Mitgliedern der Zweiten Kammer 2000 Gulden jährlich und Vergütung der Reisepesen. Griechenland zahlt trotz seiner Finanznöthe 1400 M. für eine ordentliche Session und 800 M. für eine außerordentliche. In Schweden erhalten die Unterhausmitglieder 1890 M. für die Session. Für jeden Tag, an dem ein Mitglied unentschuldig fehlt, werden 11 M. abgezogen. Es wird außerdem Reisefahrtvergütung gewährt. Belgien zahlt den Abgeordneten eine Entschädigung von jährlich 4000 Fr., daneben haben sie freie Fahrt in erster Wagenklasse zwischen ihrem jeweiligen Wohnorte und Brüssel. Keine Diäten beziehen die aus der höchsten Jenisten-Klasse hervorgehenden Mitglieder des Senats. Das empfinden, wie es scheint, die durch die neue Verfassung geschaffenen Provinzial-Senatoren, welche ohne Rücksicht auf den Gesamtzensus in der Gesamtzahl von 28 durch die Provinzial-Räthe ernannt werden, einigermaßen unangenehm, und mit Rücksicht auf diese nicht nothwendig reichen Mitglieder des Oberhauses genehmigte neulich der Senat einen vom Herzog v. Ursel eingebrachten Gesetzentwurf, nach welchem auch die Senatoren fortan 4000 Frs. jährliche Diäten erhalten sollen. Dieser Gesetzentwurf ist noch nicht an das Abgeordnetenhause gelangt, trifft übrigens in Anbetracht der glänzenden Vermögenslage sämtlicher Senatoren auf vielfachen Widerspruch in der Presse und in den parlamentarischen Kreisen. Die anderen Staaten gewähren nur Tagesgelde: Rumänien 20 M., Reisefahrtkosten und Freiposten; Oesterreich 10 Gulden für jeden eingetragenen Sitzungstag und Reisepesen; Bulgarien und die Schweiz 16 M. pro Tag und Freifahrt; Preußen 15 M. pro Tag; Portugal, das früher feste Entschädigungen gab, läßt die Kommunen täglich 15 M. an die bedürftigen Abgeordneten zahlen und gewährt freie Fahrt; Sachsen gewährt seinen Kammer-Abgeordneten 12 M.; Baden ebenfalls 12 M., Hessen 9 M., aber nur den nicht in Darm-

stadt ansässigen Abgeordneten, außerdem Reisepesen; Bayern zahlt den Nicht-Münchenern 10 M. und giebt freie Fahrt auf allen bayerischen Staatsbahnen in der ersten Wagenklasse; Württemberg 9,50 M. und die Reisefosten; Sachsen-Rothburg-Gotha zahlt 6 M. täglich den in Gotha ansässigen und 10 M. den auswärtigen Mitgliedern, ein Freibillet in der zweiten Eisenbahnklasse und 9 M. für verschiedene Auslagen; Dänemark zahlt nur 6,75 M. Diäten und die Reisepesen, räumt aber dafür einen Freisitz im Theater ein; Norwegen gewährt dagegen nicht nur 13,50 M. Diäten und Reisepesen (Billet und 11 Mark für den Reisetag), sondern in Krankheitsfällen freie ärztliche Behandlung, Arzneien, Bäder, Massage und freie — Zahnoperation. Die deutschen Reichstags-Abgeordneten haben Freifahrt zwischen Berlin und dem Wohnort. Die Parlaments-Abgeordneten Englands und Spaniens genießen nicht einmal diese Vergünstigung. Die Ausgaben für unseren Reichstag belaufen sich auf nur 658 190 M., dagegen erfordert das französische Parlament rund 9 1/2 Millionen Mark (Senat 3 680 000, Deputirtenkammer 5 885 552 M.). In England kostet die Landesvertretung 2 085 120 M. (Oberhaus 911 280 M., Unterhaus: Personalbedarf 180 000 M., Realbedarf 993 860 M.). In Deutschland muß man allerdings noch die Landtage der Einzelstaaten in Rechnung ziehen. —

— Dem früheren national-liberalen Abgeordneten, Landgerichts-Rath Kulemann, giebt die „Nat.-Lib.-Korresp.“ den Laufpaß. Hat ihn auch verdient, tritt er doch auch für sozialpolitische Forderungen ein. —

— Die Voruntersuchung gegen den Kriminalkommissar v. Tausch ist in den letzten Tagen der vergangenen Woche abgeschlossen und das umfangreiche Aktenmaterial der Staatsanwaltschaft zur Stellung ihrer Anträge überandt worden. Die Ausarbeitung der Anklageschrift hat Oberstaatsanwalt Drescher, wie früher bereits angeündigt, dem Staatsanwalt Eger übertragen. Diese Anordnung schien schon deshalb geboten, weil die Aktenmaterialien des Kriminalkommissars v. Tausch, der (nach § 153 C. P. O.) auch als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft angesehen ist, zum Theil auch gegen den Oberstaatsanwalt selbst gerichtet waren. Bei dem Umfange des Beweismaterials ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Staatsanwaltschaft (in Gemäßheit des § 195 St. P. O.) noch insoweit eine Ergänzung der Voruntersuchung beantragen wird, als die Vernehmung des einen oder anderen Zeugen noch erforderlich erscheint, indes dürfte dadurch das Verfahren nicht wesentlich verzögert werden, wenn nicht etwa der Angeschuldigte nach Mittheilung der Anklageschrift noch weillässige Weisensverhandlungen beantragt. Geschieht dies nicht, so würde die Hauptverhandlung gegen Tausch, Lützow in der nach Oftern (18. April) beginnenden Schwurgerichtsperiode stattfinden können. —

Voraussehung. Die braunschweigische Reichspartei (Welfen) hat in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, nachdem die „Allbraunschweigische Volkszeitung“ wegen Bankrotts des Besitzers zu bestehen aufgehört hat, vom 1. März ein neues Blatt herauszugeben, dessen Redakteur der Hauptmann a. D. Freiherr Konrad v. Giesefeld werden soll. —

— **Resende-Ordnung.** Das bayerische Staatsministerium des Innern hat den Entwurf von gesunderrechtlichen Bestimmungen auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs ausgearbeitet und verlangt nunmehr Gutachten hierüber von den Verwaltungsbehörden.

Wieder eine hervorragende That der bayerischen Regierung. Sie arbeitet am Ende des 19. Jahrhunderts einen Entwurf gesunderrechtlicher Bestimmungen aus. Sollen die Entrechtung und die Degradation der Dienstboten zu Proletariern zweiter Klasse, das Prigelrecht der Dienstherren und andere schöne Dinge durch die „Gesunde-Ordnung“ in alle Ewigkeit garantiert bleiben? —

— Zum Prozeß Bauer schreibt die „Köln. Bzg.“: Am 4. Februar fand in Stuttgart das Kriegsgericht über den Lieutenant Rabe statt, welcher den Mustertier Bauer III von Redarsulm in Verwundung und Tod getrieben hat. Es ist gegen ihn die Entfernung aus dem Heere beantragt worden. Das Urtheil wird erst bekannt gegeben, wenn es die königliche Bestätigung gefunden hat. Der Feldwebel Nishöfer ist am 11. Februar aus dem Armeeverband entlassen worden, nachdem ihm in Rücksicht auf seine früheren Dienstleistungen der Zivilvorversorgungschein eingehändigt worden ist. —

— Zur Reform des Landtagswahlrechts in Hessen sind von der Zentrumsfraktion in der Zweiten Kammer die folgenden zwei Anträge wieder eingebracht worden:

1. Antrag der Abgeordneten Wasserburg und Genossen, die Einföhrung direkter Wahlen zum Landtag betreffend. Die Unterzeichneten beantragen: die Regierung zu ersuchen, der Kammer noch in dieser Session eine Vorlage zu legen, wodurch für die Wahlen zum Landtag das direkte Wahlrecht eingeführt wird. — Wasserburg, Dr. Schmitt, Dr. Freytag, Horn, Frhr. v. Kölln, Pennrich.

2. Antrag der Abgeordneten Schmitt und Genossen, den Entwurf einer Vorlage über Wahlvorschriften betreffend. Die Unterzeichneten beantragen: die Regierung zu ersuchen, der Kammer noch in dieser Session eine Vorlage zu legen, wodurch bei allen Wahlen (Gemeinde-, Kreis- und Landvertretung) 1. die Verpflichtung der Wahlberechtigten zur Abgabe ihrer Stimmen ausgesprochen und 2. alle Beschränkungen des Wahlrechts wegen Nichteranziehung zur Steuerzahlung, namentlich auch der noch im Haushalte der Eltern befindlichen Hauskinder beseitigt werden; 3. eine gleichmäßigere Vertheilung aller Wahlkreise auf das ganze Land und damit eine gerechtere Vertretung der größeren Städte herbeigeführt, endlich 4. die Geheimhaltung der Stimmgabe durch Einföhrung amtlicher Wahlkouriers gesichert wird.

Gleichzeitig wird an die Regierung das Ersuchen gerichtet, der Frage der Proportionalvertretung näher zu treten und eventuell auch dieserhalb der Kammer Vorlage zu machen. (Folgen die Unterschriften.)

Oesterreich.

— Die Wahlbewegung hat ihren Höhepunkt erreicht. Obgleich — von Stichwahlen ganz abgesehen — die letzte Wahl erst am 24. März stattfinden wird, so dürfte sich doch schon in den nächsten Tagen eine rückläufige Bewegung der jetzt noch hochgehenden Wogen der Wahlbewegung bemerkbar machen, denn am 4. März beginnen die Wahlen der Kurie des allgemeinen Wahlrechts. Dieser Wahltag wird freilich wenig interessantes bieten, finden doch an diesem Tage bloß in der Bukowina Wahlen statt, am 8. März wählt in Triest die fünfte Kurie. Der Hauptwahltag für die österreiche Sozialdemokratie ist der 9. März. An diesem Tage wählt Wien und Niederösterreich, Salzburg, Kärnten, Mähren und Schlesien. Am 10. März wird in Krain, Görz und Istrien, am 11. März in Galizien und Oberösterreich gewählt. Der 12. März ist für die allgemeine Wahlkurie der letzte Wahltag, an diesem Tage treten die Wähler von Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Böhmen und Dalmatien an die Wahlurne. Die Wahl in den Landgemeinden in Böhmen, wo im Reichenberger Kreise Dr. Viktor Adler Aussicht hat, gewählt zu werden, finden am 17. März statt.

Nach den Ergebnissen der Wahlmännerwahlen in Böhmen scheinen, abgesehen von Adler, Verkauf in Falkenau, Eger, Hannich in der allgemeinen Kurie des Reichenberger Wahlkreises, Brátny in Pilsen und in Mährisch-Schönberg Eduard Rieger als gewählt gelten zu können. Ueber die Haltung der Beförden gegenüber der Wahlbewegung in Galizien veröffentlichten sozialistische und nichtsozialistische Blätter die haarsträubendsten Dinge, die man nicht glauben könnte, wenn nicht in dem Paschall Wadeni, wie Galizien treffend bezeichnet wird, bei jeder Wahl ähnliche Dinge vorkommen würden. Man zählt jetzt schon die von der Wendarmarie Ermordeten und

Verwundeten, die zwangsweise von der Wahl ferngehaltenen und fährt die unerhöchsten Wahlmissbräuche an. Trotzdem dürften aber die Wahlen auch in Galizien nicht ganz nach den Wünschen Baden's vor sich gehen. —

Trient, 1. März. Ein hiesiges Blatt meldet aus Wien die Verhaftung eines russischen Journalisten. Derselbe beabsichtigte, in Galizien und Ungarn Geheimkomitees behufs panslawistischer Propaganda zu bilden. —

Schweiz.

Bern, 28. Februar. Der Entwurf des Bundesgesetzes, betreffend Errichtung einer Eidgenössischen Staatsbank mit Banknotenmonopol wurde in der Volksabstimmung mit circa 240 000 gegen 190 000 Stimmen verworfen.

Die Kapitalisten und Föderalisten werden über diesen theuer erkauften Sieg jubeln. —

Frankreich.

Paris, 1. März. In Triest wurde gestern Abend ein Festmahl zu Ehren des Ministers Bourgeois abgehalten. Der letztere wandte sich in einer heftigen Rede gegen die Regierung und äußerte sich namentlich über deren ablehnendes Verhalten allen Reformen gegenüber sehr erbittert. Als nach dem Festmahl von einem radikalen Abgeordneten der Minister in der Birkenhalle den Aufwachen vorgestellt wurde und dieser einen Vortrag halten wollte, erhob sich lautes Pfeifen und Rufen, sodass die Versammlung wegen des wachsenden Tumultes aufgelöst werden musste. —

Paris, 28. Februar. Die Untersuchung, welche auf den Antrag der Sozialisten betriebs der Wahl des neuen Deputierten Vigand eingeleitet werden sollte, fand den Beifall der Kammer nicht und wurde gestern mit 288 gegen 228 Stimmen verworfen und mit 278 gegen 107 Stimmen die Gültigkeit dieser Wahl erklärt. —

Paris, 27. Februar. (Gla. Ber.) Jaurès gegen die russische Allianz. Die französischen Sozialisten beobachteten von jeher dem französisch-russischen Einvernehmen gegenüber theils eine misstrauische, theils eine offen feindliche Haltung. Vertreter der letzteren sind neben den Blanquisten und Allenanisten unsere Genossen von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Seitdem Guesde die „Petite République“ leitet, kommt in diesem Blatte die schärfere Tonart mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck. Die diplomatische Entwicklung der letzten Wochen, die greifbar hervorgetretene Unterordnung Frankreichs unter die Interessen des Zarreiches im Orient hat aber auch die bis dahin schwankenden Sozialisten umgestimmt. Einen weiteren höchst bezeichnenden Beweis dafür liefert der heutige Artikel von Jean Jaurès, erschienen in der sozialistisch-radikalen „Antenne“.

Jaurès hat — wie aus dem Artikel hervorgeht, offenbar von einem ehemaligen Minister — die „Wahrheit“ über den wirklich existierenden franco-russischen Vertrag erfahren.

Danach hat sich Frankreich verpflichtet, mit Waffengewalt Rußland beizustehen, falls dieses angegriffen würde. Das erregt nun angesichts der gegenwärtigen Weltlage die stärksten Befürchtungen bei den französischen Politikern, die seit einigen Jahren sich am Staatsruhr abtöten. Jaurès geht aber weiter. Er leitet aus jener Vertragsklausel die Nothwendigkeit ab, mit Rußland ganz zu brechen. Zum ersten Mal wird diese Forderung in Frankreich so kategorisch aufgestellt.

Die wesentlichen Ausführungen des Artikels mögen wegen ihrer hohen Wichtigkeit wörtlich angeführt werden: „Mag Rußland in Folge von stets möglichen Erschütterungen gegen Konstantinopel marschieren, mag es in einen Konflikt mit irgend einer Macht, mit England oder Oesterreich gerathen, und mag es vorschlagen können, daß es angegriffen sei, — dann ist Frankreich verpflichtet, seine Soldaten zur Unterstützung des Zaren zu schicken. Ob, ich weiß wohl, daß wir durch eine gegenseitige Klausel gegen einen Angriff seitens Deutschlands gesichert sind. Aber Rußland weiß genau, daß Deutschland, bestrebt vor allem, seine Eroberung von 1870 zu befestigen und seinen kommerziellen Einfluß in der ganzen Welt auszubehnen, keinen Wunsch hegt, uns anzuzweifeln. Uebrigens beseitigt Rußland, indem es uns nach Kiel führt und auf jede mögliche Weise eine Annäherung zwischen unseren Regierenden und Wilhelm II. anzubahnen sucht, jede unmittelbare Gefahr eines Konflikts zwischen uns und dem deutschen Kaiser. Rußland bietet uns also eine Garantie für einen hypothetischen Fall, der nicht eintreten wird, während wir Rußland eine Garantie für einen hypothetischen Fall bieten, der morgen zur Wirklichkeit werden kann. Ah, Herr Hanotang zeigte einige Reue, als er neulich (die Krete-Debatte ist gemeint) uns an die Vertheidigung unserer eigenen Herde erinnerte: es handelt sich vielmehr um die Vergrößerung des fernen Herdes „Väterchens“. Ist Rußland morgen angegriffen oder läßt es sich angreifen (von Jaurès unterstrichen), erhebt es im Orient Ansprüche, durch welche es andere Völker gegen sich aufbringt, dann wird Frankreich gezwungen sein, entweder seine Unterschrift zu verleugnen, welche seine Regieremänner ohne seine Zustimmung verfaßt haben, oder seine Armee in die Abenteuer der russischen Politik zu führen.“

„Ich habe es kaum nöthig zu sagen, daß unsere Wahl gethan ist: wir erachten nicht, daß Frankreich durch die Regierenden, die es nicht befragt haben, gebunden ist. Das republikanische Frankreich kann sich nur selber binden.“

„Alle klarsichtigen Köpfe befürchten für das kommende Frühjahr die schweren Gefahren, und wir wissen nur eins: Frankreich wird in dieser Hinsicht an einer Kette vorwärts geschleppt, welche es an die Politik des Zaren fesselt. So daß wir durch eine geheime, aber formelle Klausel verurtheilt sind, morgen in den Krieg zu ziehen, nicht um uns zu vertheidigen, nicht um die Integrität unseres Vaterlandes wiederherzustellen, nicht um in der Ferne zum Schutze der Schwachen, zur Befreiung der Unterdrückten beizutragen, sondern um im Orient die Geschäfte des Zaren zu besorgen.“

„Die werden nicht aufhören, in der Presse und auf der Tribüne, vor dem Parlament und vor dem Volke diese Gefahr zu denunzieren: sie kann tödtlich sein. In Frankreich liegt es, sich vorzubereiten und rechtzeitig seine Kette zu brechen.“

Jaurès sagt mit recht, daß Panotang sich wegen der eingangs erwähnten Klausel hartnäckig geweigert habe, die Bestimmungen des franco-russischen Vertrages bekannt zu machen. Und doch ist jene Klausel das Minimum dessen, was überhaupt in einem Allianzvertrag zwischen gleichberechtigten Mächten enthalten sein kann. In nun aber der abgeschlossene Vertrag trotzdem für Frankreich eine „Kette“ und eine tödtliche Gefahr, so deshalb, weil — und dieser Schluß, auf welchen Jaurès' Ausführungen im Grunde hinauslaufen, wird sich immer weiteren Kreisen ausbreiten müssen — eine Allianz zwischen Frankreich und Rußland überhaupt unmöglich ist. Denn die Interessen des letzteren liegen ausschließlich im nahen und fernen Orient, wo Frankreich entweder nichts zu suchen hat oder, insofern der Schutz der türkischen Christen in betracht kommt, moralische, der Jazopolitik entgegengelegte Interessen hat, während umgekehrt Frankreichs nationales Hauptinteresse in Bezug auf Gebirgs-Vorbringen Rußland nicht nur nichts angeht, sondern direkt gegen seine Politik mit ihrem französisch-deutschen Doppelschritt gerichtet ist. Aus diesen realen Verhältnissen erklärt es sich, daß die angeblich „natürliche“ Allianz bei der ersten halbernstesten Vorprobe in ihren Grundlagen erschüttert wird. —

Unsere Pariser Korrespondenz über die Glaschütte von Albi wird durch die folgende, leider verspätet eingetretene Mittheilung aus Paris ergänzt:

Die „Berliner Zeitung“ hat sich übrigens nicht mit dem Wieder-

leben der abgegangenen und fast gestellten Verleumdungen der französischen Bourgeoisie und der entlassenen Anarchisten begnügt. Sie fügt noch aus eigenem Irthum hinzu, daß die Gewinntheile der als Kapitalgeber beteiligten Arbeiter-Verbände eine genügende Arbeitslohn-Zahlung nicht zulassen“. Die Wahrheit ist, daß von „Gewinntheilen“ überhaupt noch nicht die Rede sein kann, da ja die erste Flaschenlieferung (ein Waggon mit 10 000 Flaschen) erst am 10. Februar 1897 effectuirt wurde. Zudem regeln die Statuten der Glaschütte die Gewinnvertheilung wie folgt: Vom Reingewinn ist zunächst ein Abzug von 20 pSt. der bis auf 50 pSt. erhöht werden kann, für den Reservefonds zu machen. Vom Rest des Gewinnes entfallen sodann 40 pSt. auf die Glasarbeiter behufs Bildung einer Altersvorsorgungs-, Kranken- und Arbeitslosen-Kasse und 60 pSt. auf die Dividende der Aktionäre. Die Dividenden sollen aber nur formal, um dem Gesetze zu genügen, zur Vertheilung kommen. In Wirklichkeit schreiben die Statuten deren Verwendung für einen der gesammten Arbeiterklasse zu gute kommenden Zweck vor, welcher letzterer alsbaldlich von der Generalversammlung der Aktionäre, d. i. der beteiligten Arbeiterorganisationen, zu bestimmen ist.

Wie es mit der Gewinnsucht der „Kapitalgeber“ bestellt ist, erhebt sich aus der Thatsache, daß zwei Pariser sozialistische Konsumgenossenschaften, der „Egalitaire“ und der „Avenir de la Plaisance“, die bereits mit größeren Summen an der Glaschütte beteiligt sind, vor wenigen Wochen zur Beschlagnahme der Betriebsöffnung derselben 65 000 bzw. 85 000 Fr. zinsenlos vorgezogen haben. Der „Avenir de la Plaisance“ wurde deshalb von einem kapitalistischen Gewerkschaftsmittler beim Pariser Zivilgericht verklagt und muß nun kraft des Urtheils des kapitalistischen Gerichts eine Liquidation über sich ergehen lassen, um sich sodann auf neuen Grundlagen, ohne jünwärtige Kapitalisten, zu reorganisiren.

Die „Berliner Zeitung“ hat also entweder keine blosse Ahnung von dem Gegenstand ihres mit „Altenstädten“ gespickten Beitrags, oder aber sie hat ihn einfach wider besseres Wissen zusammenge-dichtet.

Nach den Erklärungen Arton's vor dem Schwurgericht hat die Gerichtsbehörde beschlossen, eine neue Untersuchung der Panama-Angelegenheit zu eröffnen, die gestern offiziell begann, aber erst nach Mitternacht fortgesetzt wird. Untersuchungsrichter Le Politevin wurde hiermit beauftragt und verhört gestern Arton, der ihm aus der Conciergerie vorgeführt wurde. Gegen 6 Uhr kehrte der Angeklagte dorthin zurück und trug sein traditionelles Lächeln zur Schau, welches noch räthselhafter zu sein schien, als bisher. Auf was sich das Verhör bezog, ist nicht bekannt. Doch soll der Untersuchungsrichter in ihn gedrungen sein, seine Erklärungen vor dem Schwurgericht noch näher zu präzisiren, womit es Arton nicht gerade eilig gehabt haben soll. Er hat naturgemäß ein Interesse, die Untersuchung in die Länge zu ziehen, da dies ihm gestattet, seine Gefängnisstrafe in der Conciergerie zu verleben, wo er verschiedene kleine Vortheile genießt, die ihm anderswo nicht zu theil werden. Herr Le Politevin steht nun vor der schweren Aufgabe, die umfangreichen Akten des Panama zu Rudiren, die ihm von seinen Vorgängern und in erster Linie von dem Untersuchungsrichter Franqueville überkommen sind. Da derselbe einer der hervorragendsten Pariser Richter ist, hofft man, er werde dem aufgeregten Arton am besten gegenüber treten können. —

Aus Albi wird gemeldet, daß der sozialistische Verwalter der Glasfabrik zu 500 Franks Geldbuße und Zahlung der Kosten verurtheilt worden ist wegen geschwinderiger Entlassung von vier Arbeitern. Derselben werden jetzt auch gegen das sozialistische Syndikat gerichtlich vorgehen, da ihre Entlassung auf einen Druck des Syndikats zurückzuführen ist.

Was dieses Urtheil zu bedeuten hat, haben unsere Pariser Korrespondenzen in der Sonntagsnummer und in der heutigen Nummer gezeigelt. —

Die Gewalttherrschaft liegt im Wesen des Militarismus und sie ist international, wie der Militarismus selbst. So lesen wir heute in französischen Blättern, daß vorige Woche in Konstantine (Algierien) ein Soldat, der sich an einem Korporal vergriffen hat, triegerisch erschossen worden ist, und daß sich im Militärgefängnis zu Konstantine noch zehn zum Tode verurtheilte Soldaten befinden. Und wohlgerne: französische Soldaten, nicht Soldaten der Fremdenlegion, deren Leben ja bekanntlich nicht zählt. Unsere Genossen werden die Angelegenheit vor die französische Kammer bringen. —

Niederlande.

Amsterdam, 25. Februar. („Frankf. Zig.“) Der von der Regierung der zweiten Kammer vorgelegte „Gesetzentwurf betreffs einer Versicherung gegen die Folgen von Unfällen in bestimmten Betrieben“ verdient schon deshalb Beachtung, weil er hier zu Lande der erste Versuch einer obligatorischen Versicherungs-Gesetzgebung nach deutschem Muster ist. Auch bisher gab es schon Bestimmungen, durch die der Arbeitgeber zur Zahlung von Entschädigungen an die in seinem Betriebe verunglückten Arbeiter verpflichtet sein sollte. Die betreffenden Paragraphen waren aber nicht nur unzureichend, sondern auch unklar, und langwierige Prozesse bildeten fast die Regel. Nunmehr nimmt der Staat die Angelegenheit in die Hand. Die Auswahl der Betriebsarten, welche vorläufig der Versicherung unterstellt werden sollen, ist eine im ganzen glückliche. Neben den mit mechanischen Kräften arbeitenden Unternehmungen und den Baugeschäften ist auch die Schiffahrt einbezogen und eine weitere Ausdehnung ist für den Fall einer erfolgreichen Wirksamkeit des Gesetzes in Aussicht genommen. Die Versicherung gilt nur für Personen mit einem Einkommen von 1200 fl. und darunter. Trunkenheit ist der einzige Fall, in dem keine Prämie ausgezahlt wird; hat der Unfall aber den Tod zur Folge, so erhalten die Angehörigen trotzdem Entschädigung. Die Normalrente beträgt $\frac{1}{3}$ des durchschnittlichen Tageslohnes. Die Kosten der Versicherung fallen ausschließlich den Unternehmern zur Last und die Arbeiter haben in keiner Weise etwas beizutragen. Von der Bildung von Berufsgenossenschaften hat man Abstand genommen. Die ganze Organisation wird mit den Postämtern verbunden, welche die Renten am Wohnort des Empfangsberechtigten auszusahlen haben. Der Mittelpunkt der Verwaltung liegt bei einer in Amsterdam zu errichtenden Reichs-Versicherungsbank, die neben den rein verwaltungsmäßigen auch statistisch-wissenschaftliche Verpflichtungen übernimmt. Von sachmännischer Seite wird übrigens diesem Entwurf bei aller Anerkennung seiner Vorzüge der Vorwurf gemacht, daß er auf ein späteres Zusammenarbeiten mit einer ebenfalls in Vorbereitung befindlichen Unfallbürogesetzgebung zu wenig Rücksicht nehme, und damit dieselben Ungenauigkeiten erzwinge, wie sie in Deutschland in Folge der nicht genügenden Eintheiligkeit der Versicherungs-Gesetzgebung sich leider bemerkbar gemacht haben. —

Italien.

Rom, Ende Februar. (Gla. Ber.) In Rom nehmen in diesen Tagen die öffentliche Aufmerksamkeit einerseits die Versuche zur Wiederbelebung des stark in Verfall gerathenen römischen Karnevals, andererseits die Straßendemonstrationen zu gunsten Griechenlands und drittens die Arbeitseinstellung des Fleischergewerbes in Anspruch. Diese Arbeitseinstellung nimmt ohne Zweifel den größten Theil des öffentlichen Interesses in Anspruch, da sie die Hauptstadt mit der Entziehung der Fleischkost bedroht, und dies gerade in einem solchen Augenblick, in welchem die römische Bevölkerung sich durch vermehrte Fleischgenuss auf die Fastenzeit vorzubereiten gewohnt ist. Die Ursache des Fleischerstreiks, der nicht von den Gesellen, sondern von den Meistern ins Werk gesetzt wird, liegt in dem Umstand, daß die Pferdeschlächtereien den Fleischern eine immer steigende Konkurrenz machen, da sich insbesondere die Gasthöfe und Restaurationen immer mehr des Pferdefleisches bedienen, das sie natürlich nicht unter seinem Namen auf ihre Speisarten setzen. Die Fleischer verlangen deshalb ein Verbot des Schlachtens der Pferde und haben darüber mit den

städtischen und Regierungsbehörden verhandelt. Da diese Verhandlungen bis jetzt erfolglos geblieben sind, ist der Streik ausgebrochen. Die Vertheidiger der Pferdeschlächtereien behaupten, daß das Pferdefleisch wegen seines geringeren Preises sich zum Nahrungsmittel der ärmeren Volksklassen eigne; doch wird von anderer Seite entgegnet, daß gerade diese Klassen sich des Pferdefleisches nicht bedienen, sondern, wenn sie anderes Fleisch nicht erlangen können, eine vegetabilische Kost vorziehen; sodas das Pferdefleisch in Wirklichkeit nur den Spekulanten diene, die es als Rindfleisch verlaufen oder verarbeiten wollen. Die städtischen Behörden haben, um den Wirkungen des Streiks zu begegnen, zwölf öffentliche Verkaufsstellen für Fleisch errichtet; aber diese Veranstaltung dürfte für eine Bevölkerung von 450 000 Menschen schwerlich ausreichen. Ein ähnlicher Meisterei-Streit ist gleichzeitig in Mailand ausgebrochen, wo die Erhöhung der städtischen Schlachsteuer den Anlaß gegeben hat. Was die Straßendemonstrationen zu gunsten der griechischen Invasion auf Kreta anlangt, so sind sie natürlich gegen das Einschreiten der Flottenabtheilungen der Großmächte gerichtet und endigen in der Regel mit Weisheitskündigungen vor der griechischen Gesandtschaft und mit Versuchen zu feindseligen Kundgebungen vor der türkischen Botschaft, die von der Polizei verhindert werden.

Spanien.

— Spanische Wirtschaft auf Kuba. Nicht bloß die Vereinigten Staaten reklamiren wegen ihrer auf Kuba eingekerkerten Angehörigen, sondern auch England und Frankreich. Die Regierungen der beiden letzteren Staaten haben, wie man dem „Temps“ meldet, Noten an die spanische Regierung gerichtet; sie beklagen sich über die Verhaftung ihrer Landleute und über die langsame Untersuchung. Es handelt sich um zwei Engländer und zwei Franzosen; von den letzteren ist einer schon vierzehn Monate im Gefängnis und wieder dem französischen Generalkonsul in Havana noch der französischen Botschaft in Madrid ist es gelungen, seinen Prozeß zu beschleunigen. — Aus Havana werden dem „N. Y. Herald“ Einzelheiten über den Tod des Dr. Ruiz gemeldet. Danach wurde derselbe thätlich im Gefängnis gefoltert und durch einen Schlag auf den Kopf getödtet. Als er todt war, brachte man seiner Frau einen Feldstuhl zurück, den sie ihm hatte schenken dürfen, und als sie den Stuhl untersuchte, fand sie an einer Stelle währende Aufschreie von Frau und Kinder eingetrigt, dabei auch die Mittheilung, daß man ihn tödten werde. Der Stuhl befindet sich im amerikanischen Generalkonsulat, wo er vor den Spaniern sicher ist. Der Generalkonsul Dee verlangt neuerdings energische Schritte oder seine Abberufung; er erklärte in einer Depesche an den Staatssekretär Olney, er wolle und könne es nicht auf weitere Ermordungen ankommen lassen. In Amerika machen diese Thatsachen großes Aufsehen, von der Regierung aber, die nächste Woche zurücktritt, wird nichts Entscheidendes mehr gesehen. Inzwischen rufen sich die Nachhader in Havana und legen die Stadt in Vertheidigungszustand. —

Asien.

Yokohama, 1. März. Die japanische Regierung beschloß die Annahme der Goldwährung bei einem Werthverhältnis von Gold zu Silber von 82/3 zu 1. Die im Umlauf befindlichen Silber-Yen sollen allmählig eingezogen werden. Die kleinsten Goldmünzen sollen 5 Yen (annähernd 11 M.) betragen. Die Vorlage soll im Oktober eingebracht werden. —

Einige Pressstimmen zur letzten Kaiserrede.

Ein endloser Leitartikel des orthodoxen Pastorenblattes „Reichsbote“ schließt mit den folgenden Ausführungen:

Die Sozialdemokratie ist die äußerste Konsequenz der autoritären, naturalistischen Weltanschauung — und angesichts dieser Konsequenzen sind ja wohl manche Kreise des sogenannten liberalen gebildeten Bürgertums erschrocken, so daß sie anfangen, zu begreifen, daß die naturalistische Weltanschauung zum Unheil führt und es „mit ihr nicht geht“, aber sie sind noch weit entfernt davon, zu erkennen, daß das Heil allein in der christlichen Weltanschauung liegt; sie haben nur ihren früheren Eifer für den Naturalismus abgelegt und sich einer prinzipiellen, aber alle Wahrheit abschleudenden Indolenz und Gleichgültigkeit ergeben, die es der Sozialdemokratie und den ihr verwandten nihilistischen und pessimistischen Bestrebungen ermöglicht, erst recht das Volksleben zu überfluthen, die „Alesche“ pessimistische Philosophie wird immer mehr zur Tagesphilosophie des gebildeten Bürgertums, welche geeignet ist, die letzte stützende Grundlage der Gesellschaft bis auf den Untergrund von aut und böse zu zerlören. Diese prinzipielle Gleichgültigkeit als Niederschlag der naturalistischen Weltanschauung mit dem Hinfallen alles und jedes Idealismus, und der einseitigen Pflege der materiellen Interessen, an welcher der vorzeitige Ruf des Kaisers zum Kampf gegen den Umsturz wie in einem Wollack verpuffte, macht der Sozialdemokratie die Agitation mit ihrem Zukunftsphantasien so leicht. Und wo dieses Bürgertum dem Kaiser für diesen Kampf näher tritt, da geschieht's auch nur von den materiellen Gesichtspunkten aus; an die prinzipiellen Wurzeln will man nicht rühren, weil man sich da selbst getroffen fühlt und kein gutes Gewissen hat. Wenn der Kampf aber bloß vom Gesichtspunkte der materiellen Interessen ausgeführt wird, dann gestaltet er sich zum Klassenkampf und gerade das wünscht die Sozialdemokratie, weil sie weiß, daß sie dann im Vortheil ist.

Will man also den Umsturz wirksam bekämpfen, so muß man ihn an der Wurzel angreifen; muß die Kampfstellung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber in geschliche auf dem Prinzip der Solidarität ruhende Bahnen lenken und im übrigen die naturalistische Weltanschauung in allen ihren Erscheinungen bekämpfen. Dann aber muß man auch der vaterländischen Umsturzpartei mit aller Entschiedenheit der staatlichen Mittel entgegen treten in dem Bewußtsein, daß die Macht des Bösen nicht mit Streichen zu überwinden ist und daß der Obrigkeit die Macht und Gewalt gegeben ist, Recht und Gerechtigkeit zu üben auf Erden.

Eine Partei, welche alle Veruche des Vaterlandes, die Lage der Arbeiter zu verbessern, wie mit Jahn und Spott durch Weiterpflege der Umsturzbestrebungen, durch Bekämpfung der vaterländischen Geschichte und ihrer großen Männer und Beherrschung aller Revolutionäre der Welt beantwortet, hat jeden Anspruch auf Rücksichtnahme und gleiche Behandlung mit anderen Parteien verworfen. Die Anerkennung einer revolutionären Partei enthält auch thätlich eine Anerkennung der Revolution. —

Das dem „Reichsboten“ geistesverwandte „Volk“ des Postpredigers a. D. Stöcker schließt seine Betrachtungen über die Kaiserrede folgendermaßen:

„Mit einer Parole der Wiedergewinnung des Volkes für den himmlischen Herrn wäre schon viel gethan. Wer Gott giebt, was Gottes ist, der giebt auch dem Kaiser, was des Kaisers ist. Scheiden würden sich die Welten und es würde der große Endkampf gegen die goldene Internationale, die oben und unten herrscht, die durch Singer die „Ausgebenteten“, durch Rothschild, Reichardt und Konforten die „Ausbeuter“ an demselben Stränge hält, entbrennen. Mit einem Schlage würde dann unser Kaiser auch zum geistigen Herzog aller Deutschen werden, und wenn einmal an stelle der hergebrachten Militärverehrungs-Parole bei einer Neuwahl der Schlichter erschlachte: für Christenthum und Deutschtum, für alle eheliche Arbeit in Stadt und Land, gegen den unchristlichen Mammonismus, — dann bekäme die Regierung eine so kompakte, gewaltige Wehrheit, wie sie sie noch nie erlebt.“

Dann würde auch der Ansturm der Sozialdemokratie, die 1871 erst 2 pSt. 1893 aber 25 pSt. aller abgegebenen Stimmen umfaßte, in seiner Wucht gebrochen sein. Ein solcher Weg ist gangbarer, als der neulich auf dem Diner bei Erzherzog Albrecht vorgeschlagen: das jegige Wahrecht abzuschaffen und an stelle des gegenwärtigen Reichstages ein Konsortium von Abgeordneten (der Einzelsandtag) zu setzen. Durch einen Kampf gegen die Sozialdemokraten wird man die Sozialdemokratie nicht aus der Welt bringen, wohl aber durch einen Kampf gegen die Sozialdemokraten auch die Sozialdemokraten. —

*) Beiläufig bemerkt, haben es Jaurès und Millerand leider vorgezogen, in diesem halbsozialistischen oder halbbürgerlichen Blatte zu schreiben als in der von Guesde geleiteten „Petite République“. In ihrer Mitarbeiterschaft an der „Antenne“ sind sie übrigens selbstverständlich vollkommen unabhängig.

König Stamm's „P o s t“ beendet ihre Ausführungen mit folgendem Abjage:

Der Mahnruf von Sedan im Jahre 1895 hat nur eine vorübergehende Wirkung gehabt. Der Alltagskader, der Parteigeist überwucherten in kurzen vollständig, und auch der Ruf nach Sammlung der staatsbehaltenden Elemente zum Kampfe gegen den Ansturz wurde unter dem heiligen Geiz und Getriebe des Tages erstickt. Findet der kaiserliche Mahnruf jetzt in den deutschen Herzen starken und dauernden Widerhall, dann ist die Hoffnung vorhanden, daß die Jentenaarfeier einen Markstein auf dem Wege zur Ueberwindung des inneren Feindes bildet. Aber auch nur dann! —

Die ebenso würdevolle als antifeministische „Staatsbürger-Zeitung“ schreibt:

Programmatifch nannten wir die Rede für die Hundertjahrfeier des Geburtstages Kaiser Wilhelm's des Großen. Und sie ist es. Denn sie hat uns gezeigt, in welchem Sinne wir die Feier zu begehen haben. Halten wir fest an den heiligsten Idealen unseres Volkes; fest an deutschen Glauben, fest an deutscher Treue, fest an deutscher Ehre, fest an der Ehrung der deutschen Frau, an der Pöhllichkeit unseres Familienlebens, dann haben wir es recht erfährt. Das ist der Boden, auf dem der gute Samen gedeiht: der Liebe und Treue zu unserem Christenthum, wie unserem Deutschtum, zu Kaiser und Reich. —

Die „Völk-Ztg.“ schreibt: Man darf an Trinksprüche, welche beim festlichen Mahle angebracht werden, gewiß nicht den strengen Maßstab anlegen, wie an Kundgebungen, welche bei sonstigen offiziellen Gelegenheiten stattfinden. Aber auch bei gebührender Würdigung dieses Umstandes und bei vollster Anerkennung der großen Verehrung des gegenwärtig regierenden Kaisers für Kaiser Wilhelm I. wird man doch angefaßt jenes Trinkspruches den Ausdruck des Befremdens nicht zurückhalten können. Wir sagen das in aller Ehrerbietung, aber offen heraus. Die absolut einzigartige Stellung, die Kaiser Wilhelm II. seinem Großvater in der gesamten deutschen Geschichte anweist, würde unter allen Umständen der Sanftion durch die Zeit bedürfen, durch eine erheblich längere Zeit, als seit dem Tode Wilhelm's I. verfloßen ist. Geradezu verblüfft aber waren wir durch den Satz über Friedrich Barbarossa. Die Geschichte zeichnet von diesem Staufer doch ein anderes Bild als die Kuffhäuser-Sage, die zudem nur durch ein Mißverständnis von Friedrich II. auf ihn übergegangen ist. Sie sieht in ihm einen gewaltigen Mann mit schweren Fehlern, dem es durchaus nicht gelungen ist, „gewissermaßen einmal das Land zusammenzufassen“, der vielmehr, großentheils durch eigenen Despotismus und Starrsinn, schwere innere Kämpfe durchzumachen hatte, schwere Niederlagen erlitt und ohne seinen tragischen Tod vielleicht ein sehr bedenkliches Andenken hinterlassen haben würde. Die mittelalterliche Kaiserreihe hat doch wahrlich größere, edlere und auch glücklichere Figuren aufzuweisen, z. B. Otto I. und Heinrich den Heiligen. So vermögen wir denn in dem Hinweis auf Barbarossa durchaus kein Kompliment für Wilhelm I. zu erblicken. —

Der Trinkspruch klingt aus in einen neuen Aufruf zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. So sehr wir es begreiflich finden, daß Kaiser Wilhelm II. durch die völlig ablehnende Stellung der Sozialdemokratie gegenüber der Jentenaarfeier erregt ist, so wenig vermögen wir uns von einem derartigen Kampfesrufe zu verprechen. Die Sozialdemokratie ist eine sehr ernste Erscheinung; sie wurzelt zum nicht geringsten Theile in schweren Mißständen unserer politischen und sozialen Lebens, die sich in allen modernen Kulturländern zeigen. Es bedarf andauernder ernster Arbeit, um diese Mißstände zu beseitigen, und wir glauben nicht, daß die Begeisterung, welche eine Jubelfeier erzeugt, die Stimmung ist, aus der heraus der Kampf gegen die Sozialdemokratie zu einem guten Ende geführt werden kann. —

Die „Völk-Zeitung“ schreibt: ... Und da kommen wir immer wieder auf unsere Forderung zurück, daß man eine gesunde, durchgreifende, die Hebung des „vierten Standes“ mit aller Energie in Angriff nehmende Sozialpolitik betreibt. Eine solche Politik, die zugleich die demokratischen Grundsätze von der Gleichberechtigung aller Staatsbürger zur vollen Geltung bringt, wird die Klagen und Beschwerden der Sozialdemokratie am besten zum Schweigen bringen. So lange aber beispielsweise noch in Preußen ein Dreiklassen-Wahlrecht besteht, das die Arbeiter in ihrem Wahlrecht auf's schwerste benachteiligt; so lange das Koalitionsrecht der Arbeiter aus tatsächlichen wirtschaftlichen Gründen zum großen Theil nur auf dem Papier steht; so lange eine übermäßige Arbeitszeit bei Hunderttausenden von Arbeitern das Familienleben untergräbt; so lange die Frau als industrielle Arbeiterin noch nicht genügend geschützt wird, so daß ihr die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Pflichten als Gattin und Mutter vielfach ganz unmöglich ist und ihr dadurch eine unwürdige Stellung angewiesen wird; so lange die sogenannten besseren Stände den unbedeutenden Klassen vielfach noch die schlimmsten Beispiele geben in der oft bellagten Verletzung geschlechtlicher, sittlicher und sozialer Pflichten — so lange wird die Sozialdemokratie, die gegen alle diese Mißstände zu Felde zieht, sorgföhrig Zuläuffer haben. So lange wird jedes andere Mittel, das nicht praktisch befördert in die Verhältnisse des rauhen Lebens eingreift, sich als fruchtlos erweisen. Eine Konsequente, die Begehrlichkeit der Agrarier und die Annäherung des Junkertums ignorierende Sozialpolitik; eine wahrhaft demokratische Politik, die die Idee des Rechtsstaats nach Menschenmöglichkeit — unvollkommen wird ja alles Menschenwerk bleiben — zur Wahrheit macht, eine solche Politik, das ist der wahre Eid, um den sich alle diejenigen scharren werden, die der Meinung sind, daß unter den politischen Verhältnissen, wie wir sie jetzt haben — wo junkertlich-agrarische und liberale Interessen alles parlamentarische und öffentliche Leben verdrängend beeinflussen — die Sozialdemokratie leider nur gewinnen, nicht aber verlieren kann.

Parlamentarisches.

Die Reichstagsbaukommission hat gestern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. v. Bötticher den Bericht der Reichstagsbauverwaltung über den gegenwärtigen Stand der Bauarbeiten entgegengenommen und beschlossen, die am Bau gemachten Ersparnisse von 400 000 M. für Anschaffung von Verbrauchsgegenständen für den Reichstag zu verwenden. Es wird beabsichtigt, namentlich dem Kunstgewerbe durch Ertheilung von Aufträgen auf Bronzegegenstände, Tafelgeräth, Gobelins u. c. Gelegenheit zu geben, besonders schöne Arbeiten zu liefern, die dann 1900 als willkommene Bereicherung der Ausstellung des deutschen Kunstgewerbes in Paris dienen könnten. Für die innere Ausschmückung des Reichstages mit Gemälden, Statuen, Glasmalereien, Teppichen u. s. w. sollen vom 1. April 1896 an jährlich 100 000 M. in den Etat eingestellt werden, bis nach etwa 6—8 Jahren die Arbeiten vollendet sind.

Für die Abwicklung der schwebenden Arbeiten soll die Reichstagsbaukommission in Funktion bleiben, während die Beschaffung und Vergebung neuer Arbeiten dem Präsidium des Reichstages vorbehalten bleibt. Die etatsmäßige Verrechnung der hierzu notwendigen Summen und der Abschluß von Verträgen, sowie die Vertretung Dritten gegenüber soll beim Reichsanstalt des Innern bleiben, weil der Reichstagspräsident staatsrechtlich den Reichsanstalt nicht vertritt. Schließlich wurde der Vertrag, wonach der leitende Architekt Bassot die Aufsicht über die künstlerische Ausschmückung führt, bis zum 1. April 1898 verlängert.

Zu unserem Bericht aus der letzten Sitzung der Budgetkommission in der Nummer vom Sonnabend, werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der Kriegsminister v. Goltz nicht davon sprach, daß er gerne auf die Forragegelder verzichten würde, wenn die v. Bismarck angeregte Erhöhung der Pferdegelder angenommen würde. Natürlich hat unser Genosse v. Bismarck eine solche Erhöhung nicht angeregt und der Herr Kriegsminister hat nur gemeint, er würde das eine gerne thun, wenn Bismarck das andere beantragte. Dazu hat aber unser Genosse keine Neigung, weil er der Ansicht ist, daß die finanzielle Lage der Generale eine derartige ist, daß sie wohl im Stande sind, sich ihre Pferde ohne weitere Beihilfe zu kaufen.

Partei-Nachrichten.

Wegen des eigenartigen Verhaltens der Polizei bei der Beerdigung der Frau Trompeter in Frankfurt a. M. haben sich unsere dortigen Parteigenossen mit einer Eingabe an die städtischen Behörden gewandt, um dieselben zu veranlassen, daß sie ihr Hausrecht auf den Friedhöfen der Polizei gegenüber wahrten.

Von der Agitation. Am 20. Februar hielt Genosse Webel in Eberswalde eine zweite Versammlung ab, die ebenfalls überfüllt war. Es waren viele Gegner anwesend, darunter auch wieder der Opponent aus der früheren Versammlung, der freisinnige Rechtsanwalt Sandberg. Dieser und ein Branereidirektor Großmann, der eine vermittelnde Stellung zwischen Sozialdemokratie und Freisinnigen einnahm, beteiligten sich auch an der Diskussion. Von unserer Seite sprach noch ein Genosse, der infolge seiner Theilnahme an der ersten Versammlung von der Igl. Eisenbahnwerkstätte gemahregelt worden war. Die Versammlung nahm einen für unsere Sache ausgezeichneten Verlauf; sie währte von abends 1/2 Uhr bis 1/2 Uhr und wurde mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Der Sozialdemokratische Verein in Kiel beauftragte eine Kommission, die zur Errichtung einer Arbeiter-Vesehalle nöthigen Schritte einzuleiten.

In San Francisco ist ein Parteiorgan in englischer Sprache unter dem Namen „The New Charter“ herausgegeben worden, das zunächst in zwanglosen monatlichen oder halbmonatlichen Ausgaben erscheinen soll, bis die Theilnahme der regelmäßigen wöchentlichen Herausgabe gestattet.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

Die „Völk-Zeitung“ in Burgstädt i. S. brachte am 28. Oktober v. J. einen Artikel, worin die That des Leutenants Bräwewitz besprochen und mehrere Pressstimmen wieder gegeben waren, unter anderen auch eine Aeußerung der national-liberalen „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, des Inhalts, daß der Bräwewitz'sche Fall nicht der einzige seiner Art sei und daß, wenn den Offizieren nicht das Bewußtsein beigebracht werde, daß sie dem Gesetze zu geborchen hätten, den Bürgern nichts übrig bleiben würde, als sich mit Revolvern zu bewaffnen, um sich gegen Angriffe wehren zu können. Wegen dieser Notiz verurtheilte das Landgericht Chemnitz am 18. Dezember den verantwortlichen Redakteur der „Völk-Zeitung“, Genossen Fröhlich, wegen Verleumdung des sächsischen Offizierskorps zu vier Monaten Gefängnis. Dieses Urtheil focht Fröhlich in der Revision an, die vor dem III. Strafsenat des Reichsgerichts am 1. März verhandelt wurde. Darin war gerügt: Verhängung der Verurtheilung durch Ablehnung von Beweis-erträgen, die dahin gingen nachzuweisen, daß mehrfach Offiziere mit der Waffe gegen Bürger vorgegangen seien und sich unter den Offizieren ein falscher Ehrbegriff eingebürgert habe; dann fälschliche Auslegung des § 185 des Strafgesetzbuchs, da durch das Urtheil der Begriff der Kollektivverleumdung verkannt worden sei und die Nichtaburteilung des Schutzes des § 193 des St.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen.) Ober-Landesgerichtsrath Zweigert, als Vertreter der Reichsanwaltschaft, beantragte Verwerfung der Revision, da in dem Urtheil ein Rechtsirrtum nicht enthalten sei. In dem Artikel sei das ganze deutsche Offizierskorps beleidigt worden und da das sächsische Offizierskorps nur ein Theil des deutschen sei, so sei auch dieses beleidigt worden. Daß der Angeklagte auch die Absicht gehabt hätte, die Offiziere des engeren Vaterlands zu beleidigen, sei unabweisbar festgestellt worden. Die Nichtverurteilung des Schutzes des § 193 des St.-G.-B. sei höchstens ein Rechtsirrtum zu gunsten des Angeklagten und deshalb unbeachtlich. Wie uns telegraphisch gemeldet wird, hat das Reichsgericht die Revision verworfen.

Bewerkschaftliches.

Der Verband der Banarbeiter (Zahlstelle Berlin) fordert seine Berufsgenossen auf, eifriger als bisher die Bestrebungen des Verbandes zu unterstützen. Bei der überaus traurigen Lage dieser Arbeiterkategorie wäre es zu wünschen, daß diese Mahnung auf recht fruchtbaren Boden fielen, damit die Organisation um so wirksamer die Interessen der Mitglieder vertreten kann.

Achtung, Handlungsgelassen, Kaufleute! Heute, Dienstag, den 2. März, abends 9 Uhr, wird in Brandenburg an der Havel, in Winkel's Salon, Hauptstr. 34, eine große öffentliche Versammlung abgehalten. Die Tagesordnung lautet: 1. Der Achtungswortenspruch und die Handlungsgelassen. Referent Kollege August Hinz aus Berlin. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Versammlung ist die erste in Brandenburg und durch Verbreitung von Handzetteln in den Geschäften und durch Inserate in den Brandenburgischen Zeitungen bekannt gemacht. Es sind brieflich dazu eingeladen die Abgeordneten von Bredow und Kropatsch. Auch eine Anzahl Berliner Kollegen beteiligten sich an dieser Versammlung. Denjenigen unserer Freunde, die noch theil nehmen wollen, theile ich mit, daß der Zug benutzt wird, der am Dienstag, abends 6 Uhr 5 Minuten, vom Potsdamer Bahnhof abgeht. Später Kommende können mit dem Zug 7 Uhr 30 Minuten fahren. Die Rückreise erfolgt um 12 1/2 Uhr nachts. Um Theilnahme ersucht Hermann Vesper, Vertrauensmann der Handlungsgelassen Berlins.

Den Berliner Mitgliedern des deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Nachricht, daß das Bureau Fischerstr. 22, von jetzt ab von 10—2 und 4—8 Uhr täglich außer Sonntags geöffnet ist. Alle Zuschriften sind zu richten an: Friedrich Schlegel in Berlin C., Fischerstr. 22. Die Ortsverwaltung.

In der Rifenfabrik von M. Findeisen in Berlin, Stralauerstraße, sind die Rifenarbeiter mit Ausnahme eines Kollegen und des Kreisjägerschnellders entlassen worden, weil sie sich Abzügen widersetzen. Vor Zutritt wird gewarnt. Kommission der Berliner Rifenmacher.

Die Stadtkanzlei Magdeburgs haben ihren Prinzipalen einen neuen Lohnarif vorgelegt, der am 29. März in Kraft treten soll. Es eruchen deshalb die auswärtigen Kollegen allerorts, den Zutritt nach Magdeburg zu vermeiden, solange die Verhandlungen noch schweben.

Die Hamburger Steinseher und Berufsgenossen haben in ihrem Streik bereits einen Erfolg zu verzeichnen. Nachdem die Unternehmer, besonders die dem Arbeitgeberverband angehörenden, es abgelehnt hatten, mit dem Verband der Steinseher in Verhandlungen zu treten, wandte sich die Lohnkommission schriftlich an die einzelnen Unternehmer. Von diesen hat jetzt einer die sämtlichen Forderungen der Arbeiter bewilligt. In betracht kommen: 1. Lohn für Steinseher in der Stadt 50 Pfennige pro Stunde; für Hammer 45 Pfennige (früher 48 bezw. 42 Pfennige); 2. außerhalb der Stadt 55 resp. 50 Pf. und Erhaltung des Jahr- oder Jahrgeldes (früher Lohn wie in der Stadt und kein Jahrgeld); 3. Regelung der Geschirfrage, d. h. die Unternehmer sollen das Handwerkszeug auf ihre Kosten liefern, während es bisher die Arbeiter beschaffen mußten; 4. Streikbrecher dürfen nicht auf Wauten beschäftigt werden, wo Verbandsmitglieder arbeiten; 5. die Arbeitskräfte sind vom Arbeitsnachweis der Arbeiter zu entnehmen; 6. Mahregelungen treten nicht ein. Ursprünglich handelte es sich nur um die Mahregelung für Arbeiter außerhalb der Stadt und auch diese wollten die Arbeiter noch so weit ermäßigen, daß sie von jeder festen Formulierung Abstand nahmen und eine Vereinbarung von Fall zu Fall zugestanden. Auch das lehnten die Unternehmer ab. Allerdings wußten sie, daß ihnen die Arbeiter früher oder später mit der Regelung der Geschirfrage kommen würden. Wenn die milde Witterung anhält, werden sich die anderen Unternehmer gleichfalls zur Bewilligung bequemen müssen. Der Zutritt ist streng fernzuhalten. Adresse für etwaige Sendungen oder Zuschriften: Chr. Wiese, Hamburg, Niedereisenstraße 50.

Auf zahlreiche Zeichen des Ruhr-Kohleneubiers überreichten am Montag die Arbeiter, gemäß den Bochumer Beschlüssen des christlichen Bergarbeiter-Verbandes, verschiedene Forderungen; insbesondere wird eine 10 prozentige Lohnerhöhung verlangt.

In Breslau war eine öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen aufgelöst worden, als die Referentin Frau Greisenberg aus Berlin die Lebenshaltung eines armen Arbeiters mit der sorgfältigen Pflege verglichen hatte, die einem Luxusperde oder einem Schoßhündchen zu theil wird. Die gegen die Auflösung der Versammlung erhobene Beschwerde ist jetzt vom Polizeipräsidenten Dr. Biesko mit der Begründung zurückgewiesen worden, der überwachende Polizeibeamte habe recht gehandelt, da die Rednerin gegen § 130 des Strafgesetzbuchs verstoßen habe; es sei deshalb gegen sie das Strafverfahren eingeleitet. In der erwähnten Aeußerung erblickt also das Breslauer Polizeipräsidium eine Aufreizung verschiedener Gesellschaftsklassen zu Gewaltthatigkeiten; wenn das aber zuträfe, dann müßte schleunigst die Bibel in Preußen verboten werden, denn darin wird die Rücksichtslosigkeit des Reichen gegen den Armen noch in viel kräftigerer Weise kritisiert, als es Frau Greisenberg gethan hat, der natürlich nichts fernere gelegen hat, als zu Gewaltthatigkeiten aufzureizen. Worauf es ihr bei ihrer ganzen Agitationstour ankam, das war, die Arbeiterinnen für den Anschluß an die Organisation zu gewinnen, die gerade in der Konfektionsindustrie besonders thätig ist.

Gegen die Innungsobvoten, namentlich gegen die Bestimmungen, die die Thätigkeit der Gewerbebetriebe lahmlegen würden, protestirte in Leipzig eine öffentliche Arbeiterversammlung, in dem durch eine Resolution erklärt wurde, daß durch die Innungs-Schiedsgerichte nicht die Gewähr für eine objektive Würdigung der Streitfragen gegeben und deren schnelle Erledigung durch die Zulässigkeit der Berufung gegen jedes Urtheil der Innungs-Schiedsgerichte unmöglich sei.

In Wiesbaden war auf Sonntag, den 17. Januar, vormittags 10 Uhr, eine öffentliche Versammlung der Sattler und Tapezierer einberufen. Als der Einberufer nach dem Lokal kam, um die Versammlung zu eröffnen, erklärte ihm der Polizeikommissar, daß dieselbe wegen der Sonntagstrübe nicht abgehalten werden dürfe, andernfalls werde er sie auflösen. Der Beamte berief sich dabei auf die im September v. J. erlassene Polizeiverordnung. Der Einberufer half sich jedoch damit, daß er die Versammlung eröffnete und alsbald um eine Stunde vertagte; als die Stunde um und dadurch der Verordnung über die Sonntagstrübe Genüge geschehen war, nahm die Versammlung ihren Fortgang. Nach acht Tagen bekam der Einberufer einen auf 10 M. lautenden Strafbefehl wegen Störung der Sonntagstrübe; ferner erhielten Strafbefehle über je 5 M. die Mitglieder der Agitationskommission in Mainz, in deren Auftrag die Wiesbadener Versammlung einberufen worden ist. Sämtliche Empfänger der Strafbefehle beantragten richterliche Entscheidung, die den Erfolg hatte, daß das Schöffengericht in Wiesbaden, auf Antrag des Amtsanwalts selbst, die Angeklagten kostenlos freisprach. Das Gericht hat in der Eröffnung der Versammlung keine Störung der Sonntagstrübe finden können, da alsbald die Vertagung ausgesprochen wurde.

In Stralsburg i. G. sind 198 Steinbauer ausgeperrt. Die Unterhandlungen mit der Unternehmer-Organisation verliefen resultatlos.

In Drüffel ist der Streik der beim Bau der elektrischen Bahn beschäftigten Arbeiter bereits zu gunsten derselben beendet. Die von der Direktion angeforderte Lohnreduktion unterbleibt.

Soziales.

Die Rentabilität des Heuer- und Schlafasenswesens in Hamburg, dessen Schattenseiten erst kürzlich auf dem Nautischen Vereinstage scharf gekennzeichnet wurden, geht aus einer, das An- und Abmusterungsgeschäft betreffenden Statistik hervor. Hamburg besitzt 295 Segelschiffe mit 3390 Mann und 389 Seedampfschiffe mit 12 286 Mann, zusammen also 633 Schiffe mit 15 626 Mann. Hierzu kommen noch 158 Finkenwerder Hochseefischerfahrzeuge mit zirta 474 Mann. An- und abgemustert wurden aus dem Hamburger Seemannsamt 1896 insgesamt 4071 Schiffe mit 78 881 Mann, das Seemannsamt verzeichnete in Ein- und Ausgabe 15 242 638,14 M. Von den 78 881 Mann haben die Hälfte, also 38 415 Mann, angemustert, die Durchschnittsbeuer für Matrosen betrug 59,25 M. Heuergebühren mußte ein Matrose im Durchschnitt 6 M. dem Heuerbaas zahlen, mithin beträgt die auf diese Weise den Heuerbaas baar gezahlte Summe 232 490 M. Die Würde in Hamburg das An- und Abmusterungsgeschäft durch den Staat geschehen, er läme dabei gut auf die Kosten, selbst wenn die Heuergebühren auf ein Viertel vermindert würde, und würde damit gleichzeitig einen der größten Krebsgeschäden der Seestädte beseitigen.

Der auswärtige Handel der Schweiz war wie in anderen Ländern 1896 ebenfalls bedeutender als 1895. Die Einfuhr betrug 992,99 (1895: 915,85), die Ausfuhr 688,28 (663,36) Millionen Franken.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Triest, 1. März. (S. S.) Wegen Verweigerung eines Darlehens hat gestern der 60-jährige Klavierlehrer Turiboll auf seinen Neffen, den Professor Buschi am hiesigen Alterthums-museum, zwei Revolvergeschosse abgefeuert und sich dann selbst getödtet.

Rotterdam, 1. März. (B. L. B.) Das Gericht nahm heute in dem Komptoir der „Allgemeinen Prämien-Rentenbank, Linden-Kompagnie“, eine Hausfuchung vor; der Inhaber Daug Wlij, welcher ausschließlich mit dem Auslande arbeitete, wurde verhaftet.

London, 1. März. (B. S.) Aus Kanea wird den „Daily News“ gemeldet, daß in der Nähe von Gerakleion 25 000 Muselmänner ohne alle Lebensmittel sich aufhalten.

London, 1. März. (B. L. B.) Unterhaus. Parlamentarischer Untersekretär Curzon erklärte: Seit der Besetzung Kanea's durch die Großmächte haben keine türkischen Truppen einen Ausfall aus der Stadt gemacht, daher seien auch keine dahin zurückgekehrt. Sodann erklärte der Parlamentarische Untersekretär, daß keine türkischen Transportschiffe mit Truppen sendungen durch englische Kriegsschiffe eskortirt wurden. Die Lage der in Kanaon und Selino eingeschlossenen Garnisonen sei höchst kritisch. Ein Geschwader von 4 Schiffen der vereinigten Flotte sei nach den Küstenstädten entsandt worden, wo sich Garnisonen eingeschlossen befinden; gleichzeitig sei eine internationale Eskorte zur Erleichterung des Entsatzes derselben abgegangen. Zwei Schiffe des „Geschwaders“ seien nach Selino gegangen. Seither habe sich auch das britische Kriegsschiff „Scout“ dahin begeben. Ueberdies habe Oberst Baffos den Admiralen versprochen, einen griechischen Offizier abzusenden, um die Ausständischen zu bewegen, den Garnisonen freien Abzug zu gestatten.

London, 1. März. Unterhaus. (B. L. B.) Im weiteren Verlaufe der Sitzung theilte der Parlamentarische Untersekretär des Auswärtigen Curzon mit, nach einem Berichte des englischen Konsuls habe am 20. Februar der König von Korea die russische Gesandtschaft in Seoul verlassen und sich nach seinem Palast begeben. Man glaubte, daß eine Anzahl koreanischer Truppen einen von russischen Offizieren abgeleiteten Instruktionstour durchmachen; ein solches Vorgehen schein nicht mit der von Rußland im Jahre 1896 gegebenen Zusicherung vereinbar zu sein, die eine Garantie war, daß Rußland künftig kein koreanisches Gebiet in Besitz nehmen werde. Das Abkommen erklärte als das Ziel der beiden vertragschließenden Parteien die Entfernung der fremden Truppen aus Korea, wobei, wie der gesammte Text ergebe, die von Rußland und Japan bisher bei ihren Gesandtschaften in Seoul unterhaltenen Wachen gemeint seien.

Die Tage in Hamburg.

Unser Korrespondent schrieb am Montag: Dem Obmann der schwarzen Schauerleute (Kohlenverlader), G. Schippmann, ist ein Schreiben des Vereins der Importeure englischer Kohlen zugestellt worden, worin diese auf Unterzeichnung des Reverses dringen. Dem Schreiben war ein Revers beigelegt, der außer den schon bekannten Bestimmungen — den Streikbrechern Friedfertigkeit zu geloben und sich zu 14tägiger Kündigungsfrist zu verpflichten — noch den von den Importeuren aufgestellten Substanz enthielt, wonach die Arbeiter jährlich etwa 180—150 M. weniger verdienen würden, als vor dem Streik. Falls die schwarzen Schauerleute den so erweiterten Revers nicht unterschreiben wollen, soll am Dienstag, den 2. März, keiner wieder eingestellt werden. Trotz dieses Ultimatum hat bis Montag Mittag nicht ein Mann unterschrieben, und es fragt sich, ob die Importeure es am Dienstag Morgen angeht, dieser Einmütigkeit der Arbeiter aufs äußerste antworten lassen werden.

Die Korn-Akkordarbeiter haben die beste Aussicht, sich mit den Bauern über die Lohnbedingungen zu einigen, wie in einer am Sonntag Nachmittag abgehaltenen Versammlung mitgeteilt wurde.

Außer über die Lage der Speicherarbeiter und Gewerkschaften nahm am Montag die Senatskommission auch Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der Schiffsmaler vor.

Die große Arbeiter-Krankenkasse beabsichtigt, gegen die Hamburger Polizeibehörde einen Zivilprozess auf eine größere Entschädigungssumme anzustrengen, weil eine ganze Anzahl ihrer Mitglieder bei den Erzissen am 6. und 8. Februar am Scharnmarkt von Beamten der Polizeibehörde an ihrer Gesundheit arg geschädigt worden sind. Da in einer großen Anzahl von Fällen nachgewiesen werden kann, daß absolut unschuldige Leute, die nichts anders waren, als harmlose Passanten, von einberühmten Schützen mit der blanken Waffe verfehlt worden sind, ist der Prozess nicht ganz aussichtslos.

Kongress der lokalorganisierten Handels-Hilfsarbeiter in Leipzig.

Der Kongress trat am Sonntag, den 28. Februar in Stadt Hannover, Sebburgstraße, zusammen. Betreten waren 13 Delegierte von 11 Städten. Außerdem war vertreten Alboldt-Berlin, Vertrauensmann der lokalorganisierten Handels-Hilfsarbeiter, Polih und Kräker Neuwissen, Adèle, Vertreter der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands, und Lipinski für die Handelsangestellten Leipzigs.

Der Vertrauensmann für Deutschland Alboldt-Berlin erstattete für die Zeit vom 18. Mai 1896 bis zum 31. Januar 1897 Bericht über die Kampfbewegung. Danach war am 13. Mai 1896 ein Bestand von 854,90 M. vorhanden, zu dem 1235,21 M. vermindert wurden, so daß sich die Gesamteinnahme auf 2089,51 M. beläuft. Dem standen an Ausgaben gegenüber für Agitation 557,60 M., Kongressprotokolle 337,20 M., Utensilien, Bücher, Stempel und Statuten 194,25 M., Beiträge an die General-Kommission 75 M., Kongressdelegation und Drucksachen 417,40 M., Abonnement für „Handels-Hilfsarbeiter“ 88,25 M., für Porto, Drucksachen u. s. w. 247,49 M., zusammen also 1907,19 M. Es verblieb somit ein Kassendefizit von 182,32 M. Die zum Handels-Hilfsarbeiter-Verband übergetretenen Anhänger der Lokalorganisation haben bis jetzt, trotz Aufforderung vom Vertrauensmann, unterlassen, die vom Vertrauensmann entnommenen Listen, Marken und Kongressprotokolle im Betrage von 1218,35 Mark abzuliefern. Die Neuwissen bestätigten die Richtigkeit des Kassenschieds und beantragten, mit allen Mitteln diese Klümpchen beizutreiben, da sie vom Vertrauensmann entnommen, auch an diesen abzuliefern sind.

Hopf-Frankfurt referierte über die Frage: Wie haben wir unsere fernere Taktik nach Durchbrechung der Halberstädter Beschlüsse zu führen. Wie bekannt, fand zu Pfingsten 1896 in Halberstadt ein Kongress der Handels-Hilfsarbeiter statt, auf dem beschloffen wurde, die Lokalorganisation mit dem Vertrauensmann-System beizubehalten. Im Gegensatz hierzu kam zu Weihnachten in Alenburg die Minderheit des Halberstädter Kongresses zusammen und beschloß die Gründung eines Zentralverbandes der Handels-Hilfsarbeiter für Deutschland. Die Folge war, daß in den einzelnen Orten und in der Presse die Meinungen auseinanderlagen, welche Organisation die vortheilhafteste sei. Hopf berührte alle die in diesem Streit aufgeworfenen Punkte.

In der Debatte vertrat Kamp, Polih, Klein (Berlin) und Erdmann-Königsberg den Standpunkt, daß das Vorgehen der Anhänger des Zentralverbandes ein illusorisches sei, wandten sich aber dagegen, daß der jetzt dem Berliner Verbande aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Arbeiter gehörende „Handels-Hilfsarbeiter“ in den Besitz aller lokalorganisierten Kollegen Deutschlands übergehen soll. Alboldt-Berlin wies einige Angriffe, die ihm wegen seines schroffen Auftretens gemacht wurden, zurück.

Adèle-Hamburg war der Meinung, daß die Berliner auch durch zu schroffes Auftreten zu einer Spaltung Veranlassung gegeben haben und wünscht, daß eine Verständigung zwischen beiden Organisationsformen statfinde, da durch die Zerplitterung eine Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nicht herbeigeführt werde. Die Debatte hatte noch folgende Resolutionen gezeitigt.

„Unterzeichnete beantragen: 1. Alle verlesene Resolutionen haben alle empfangenen Exemplare des „Handels-Hilfsarbeiter“ an den Vertrauensmann für Deutschland zu bezahlen. 2. Da der Vertrauensmann die Marken und die Protokolle bezahlt hat, sind die empfangenen Marken und Protokolle entweder zurückzugeben oder an den Vertrauensmann für Deutschland zu bezahlen. 3. Die Quartalsbeiträge sind von allen Orten für so lange zu bezahlen, als dieselben nicht der neugegründeten Zentralorganisation angehört haben. Falls dem nicht Folge gegeben wird, beauftragen wir die örtlichen Gewerkschaftsleiter, sich mit unserem gerechten Anspruche zu befassen und demselben Geltung zu verschaffen.“

„Die heute in Leipzig tagende Versammlung protestiert ganz entschieden gegen die vom Alenburg Kongress beschlossene Ueberweisung der Ueberschüsse vom Berliner Privatpost-Streik an den neuen Verband und erklärt sich mit der in Berlin beschlossenen diesbezüglichen Resolution einverstanden.“

Vorstehende Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Des weitern fand eine Resolution Annahme, in welcher die Beschlüsse der Alenburg Konferenz, als zu Unrecht bestehend, nicht anerkannt werden. Der „Handels-Hilfsarbeiter“ soll bis auf weiteres Eigentum der Berliner Organisation bleiben. Beschwerden gegen den Vertrauensmann und die Redaktion, Verurteilungen gegen die Entschädigungen des Ausschusses können dem nächsten Kongress unterbreitet werden. Ueber die Abhaltung des nächsten Kongresses hat der Vertrauensmann im Frühjahr 1898 eine Urabstimmung der Orte vornehmen zu lassen.“

Als Ort, der den Ausschuss wählen soll, wurde Frankfurt a. M. gewählt. Außerdem wurde die rege Agitation für die Achtuhr-Ladenkassier-Frage, Unfallnovelle, Invaliditäts-Novelle und Handels-Abrechnungsentwurf, soweit sie die Hilfsarbeiter treffen, angeregt.

Lokales.

Die Leichenfeier der Genossin Sabron am Sonntag gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung, die erkennen ließ, welcher Sympathie die Verstorbene sich in Parteikreisen erfreute. Etwa 500 Männer und Frauen waren auf dem freiwilligen Friedhof als Leidtragende erschienen. Gesangverein Maria Löwen

leitete mit dem Liede: „Zum Reich der Gräber“ die Feier ein, worauf Genosse Guther einige beherzigende Worte an die Anwesenden richtete, in denen er das Leben der Verstorbene, die trotz ihres hohen Alters unentwegt sich für die sozialdemokratische Arbeiterpartei nützlich machte, schilderte. Ihr nachzueifern sei Pflicht der Lebenden. Die würdige Feier erreichte ihren Abschluß durch Absingen des Liedes „Mutterherz“ seitens des obengenannten Gesangvereins.

Auf die März-Gedächtnisfeier, welche vom Leseklub Karl Marx am 13. März im Frempalast veranstaltet wird, weisen wir unsere Leser nochmals hin. Die Feier wird von einem in jeder Beziehung würdigen und ansprechenden Programm getragen werden.

Die Direktoren und Aktionäre der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft haben gestern in der von ihnen abgehaltenen Generalversammlung einmal gehörig ihr Herz ausgeschüttet. Nachdem die Dividende auf 15 pCt. festgelegt war, sprach Herr Rosenstock der Direktion unter lebhaftem Beifall der Versammlung seine hohe Anerkennung dafür aus, daß sie dem Magistrat gegenüber die Interessen der Gesellschaft in so energischer Weise vertreten habe. Die Konzessionsdauer müsse verlängert werden. Herr Kleefeld spricht des längeren über die „widernatürliche Antipathie gegen die Pferdebahn“. Herr Heppner verweist auf die ungeheuren Opfer, welche die Pferdebahn um des lieben Friedens Willen auf sich genommen. Sehr energisch sprach, nach dem „Berliner Tageblatt“, ein Regierungsrath v. Kühlewein seine Meinung aus: Wenn schon der Zehnprozenttarif der Gesellschaft in den ersten Jahren schwere Opfer auferlegen und der Akkumulatorenbetrieb ungeheure Summen verschlingen werde, so könne man um so weniger noch härtere Bedingungen, wie das Geleis-Mitbenutzungsrecht über 400 Meter hinaus fordern. Das letztere bedeute den Verlust aller Vortheile, welche die Pferdebahn im letzten Vierteljahrhundert errungen. Einer derartigen Bedingung könne die Gesellschaft niemals zustimmen. (Lebhafter Beifall.) In allen anderen Städten zwingt man — um einen einheitlichen Betrieb zu erhalten — die Unternehmer zur Fusion, nur in Berlin rufe man wunderbarerweise nach Konkurrenz, nach einer Vielheit von Unternehmern. Die Stadt werde sicherlich nicht besser fahren, wenn sie einer Reihe von Elektrizitäts-Gesellschaften Konzessionen, welche diese mit hohem Gewinne ausbauen und dann verkaufen, ohne sich darum zu kümmern, wie der Käufer, der die von jenen vereinbarten rigorosen Bedingungen erfüllen muß, mit der Stadt und dem Publikum fertig werde. Hoffentlich werde noch ein modus vivendi gefunden; wenn nicht, dann werde die Gesellschaft bis zum Jahre 1911 ruhig mit den Pferden weiter fahren. Die Gesellschaft schneide sich keineswegs nach dem elektrischen Betriebe, der für sie eine Renaufbringung von 25 bis 30 Millionen Mark bedeute! Man brauche das schöne Pferdebahngelände nicht so ohne weiteres zum alten Eisen zu werfen! Die Magistratskommission, welche die Verkehrsverhältnisse der Großstädte studirt, habe erklärt, daß Berlin sich seiner Verkehrs-einrichtungen nicht zu schämen brauche. Eine Verkehrs-Gesellschaft sei aber kein Wohlthätigkeitsinstitut. Leider ist keine Aussicht vorhanden, daß die Drohung des geschäftskundigen Regierungsraths v. Kühlewein zur Wahrheit gemacht werde. Besser als durch solchen Hochmuth kann für den sozialdemokratischen Antrag, die Pferdebahn in städtischer Regie zu verwalten, garnicht Propaganda gemacht werden.

Die Anleihe der Stadt Berlin ist für das neue Etatsjahr auf 293 308 795 M. zu berechnen. Davon sollen im Laufe des Etatsjahres 8 754 863 M. getilgt werden, so daß die Anleihe-schuld im März 1898 286 554 432 M. betragen wird. Davon werden theilnehmen: Die städtischen Werke mit 214 653 868 M. und die Stadthauptkasse mit 71 900 564 M. In den Anleihezinsen und Tilgungsrenten hat die Stadthauptkasse nur 8 967 121 M. beizutragen, so daß, wenn man unberücksichtigt läßt, daß die städtischen Werke 4 270 501 M. Ueberschuss liefern, bei einer Bevölkerung von 1 716 108 Einwohnern am 1. Januar 1897, auf den Kopf derselben von jener zur Verzinsung und Verzinsung der Kammereinschuld erforderlichen Summe 2,31 M. entfallen. Die Entwürfe der Etats der städtischen Werke schließen mit einer Gesamtsumme von 69 588 860 Mark ab; hierzu der Betrag des Stadthaushalts-Etats 68 110 481 M., so daß sich eine Gesamtsumme von 157 699 341 M. ergibt.

Die Folternungen in Barcelona. Wir erhalten folgende Zuschrift zur Veröffentlichung: „Am Sonnabend erhielt ich aus Barcelona einen an mich als Herausgeber der Schrift „Die Justizregel von Barcelona“ gerichteten Brief eines auf der Festung Montjuich internirten Deutschen, durch welchen der Anarchistenprozess in ganz besondere Beleuchtung gerückt wird. Dieser Brief wird in der am Mittwoch Abend 8 Uhr in Keller's großem Saal stattfindenden Protest-Versammlung verlesen werden; es wird dann über die nächsten Schritte zur Befreiung dieses Gefangenen gesprochen werden. In dieser Versammlung werden voraussichtlich Redner verschiedener Richtungen das Wort nehmen. Hochachtungsvoll Wilhelm Spohr, O., Frankfurter Allee 105.“

Munddibum! Die Veröffentlichung des Programms der militärisch-dynastischen Nationalfeier hat die unentwegt liberalen Mütter wieder einmal mit Trübsal erfüllt. Im Programm ist ganz naturgemäß von kaum etwas anderem die Rede als von in Parade stehenden Truppen, von Fahnen, Standarten, Tambours, welche zum Gebet loden, Trompetern, Generalsuperintendenten, Kanonenschüssen und Glockengeläute. Das Bläsercorps spielt einen Choral. Die kommandirten Truppen desilieren vor dem Kaiser. Schluss der Feier.“ Angesichts solchen soldatischen Glanzes sollten die einfachen Wadelschläger, selbst wenn sie das Vergnügen haben, Ritter eines Absterbens vierter Klasse zu sein, sich hübsch bescheiden lernen. Die Erinnerung an eine andere Enthüllungsfest, nämlich die des Finkenbogens, sollte die Unentwegten auch zu der Ueberzeugung gebracht haben, daß es für Wadelschläger das Beste ist, sich in gemessener Entfernung von solchen Feiern zu halten. Aber die braven Leute sind ja schwer zu belehren.

Verbot des Komitees zur Einsetzung studentischer Ehrengerichte. Rektor und Senat der Technischen Hochschule haben am Sonnabend folgenden Beschluß veröffentlicht: „Auf Grund des § 30 der Vorschriften für die Studierenden wird der an der königlichen Technischen Hochschule bestehende Verein Komitee zur Errichtung eines ständigen allgemeinen Ehrengerichts an der königlichen Technischen Hochschule zu Berlin“ ungeachtet seines an sich löblichen Bestrebens verboten, bezw. den Herren Studierenden die Theilnahme an dem Vereine untersagt, weil durch das persönliche Verhalten seiner Mitglieder die Disziplin an der Hochschule gefährdet ist.“ Das verbotene Komitee sollte sich bekanntlich mit der Eindämmung der Duellprügelien befassen.

Auch ein Stück Prügelpädagogik. Nachträglich erhalten wir von einem Schreiben Kenntnis, das ein hiesiger Einwohner auf eine Beschwerde über Mißhandlungen, denen sein Kind in der Gemeindeschule ausgesetzt war, kürzlich von der städtischen Schuldeputation erhalten hat. Das Schreiben lautet: „Wir können es nicht billigen, daß Kinder in der Schule von einem als Weib-nachschmann verkleideten Lehrer, dem sie als unartig oder faul von der Klassenlehrerin bezeichnet worden sind, mit der Ruthe geschlagen werden und bedauern daher, daß dies am 19. Dezember 1896 mit Ihrer Tochter Elise in der fünften Gemeindeschule geschehen ist.“ Wir haben dies auch dem Betreffenden bemerkbar gemacht. Wenn dabei das Gesicht und der Hals Ihrer Tochter getroffen worden sind, so ist dies nach den angeführten Erörterungen durchaus unabdingbar geschehen und wird von dem betreffenden Lehrer selbst lebhaft bedauert. Die

spöttischen Aeußerungen, welche nach Ihrer Eingabe die Klassen-lehrerin Fräulein Gnädig und der Rektor Pahlke gethan haben sollen, werden von diesen in Abrede gestellt.“

Die Forsche, mit der der wunderliche Pädagoge auf Mädchen (H) losgeprügelt hat, wird in folgendem ärztlichen Urtheil veranschaulicht: Herr A. kam heute mit seiner Tochter Elise zu mir, um folgende Spuren einer Furchung, angeblich von einer Ruthe herrührend, am Gesicht des Kindes sich beschreiben zu lassen: Auf Wangen und Hals befinden sich zwei größere und ein kleinerer stark gerötheter Striemen von ein bis acht Zentimeter Länge. Ferner sind bei dem Mädchen Marie A. auf der rechten Wange und Hals zahlreiche rothe, theilweise mit einer Blutrute bedeckte Striemen oberhalb des rechten Auges nachzuweisen.

Aus dem Anwaltsstande ausgeschieden wurde der Rechts-anwalt Dr. Alfred Ballien. Gegen seinen Bruder, Rechtsanwalt Edmund Ballien erkannte der Ehrenrath auf einen Verweis und 300 M. Geldstrafe. Die „Abendpost“ schreibt über die Angelegenheit: In dem ehrengerichtlichen Verfahren spielten geschäftliche Differenzen zwischen den beiden Brüdern, die mit einander assoziiert waren, eine große Rolle. Zur Charakteristik Alfred Ballien's, der schon in dem Heinze-Prozess durch sein merkwürdiges Auftreten Aufsehen erregte, dient folgender Vorfall, der auch in dem ehrengerichtlichen Verfahren eine Rolle spielte. Ballien hatte einem seiner Klienten einen Rath erteilt, in dessen Befolgung der Staatsanwalt einen Verstoß gegen das Strafgesetzbuch zu finden glaubte. Auf der Anklagebank verließ sich der Mann auf das Zeugniß seines Anwalts; dieser wurde vorgeladen, und seine Aussage hatte die Freisprechung des Angeklagten zur Folge. Herr Ballien, der als Anwalt nicht gut Zeugengebühren fordern kann, hatte doch das Gefühl, daß er für den ihm erwachsenen Zeitverlust wohl ein gewisses Äquivalent von dem Freigesprochenen beanspruchen dürfe. Er wandte sich im Anwaltszimmer an einen sehr bekannten Vertheidiger mit der Frage, ob er es nicht für angemessen hielt, wenn er, Ballien, unter sothanen Umständen 50—100 M. dem Klienten berechnete. Der Kollege, der die Frage für einen Scherz hielt, antwortete, 50 M. würde er nicht für zu viel halten, und Herr Ballien liquidirte richtig 50 M., die er denn auch von dem dankbaren Freigesprochenen bekam.

Um die Errichtung einer höheren Schule im Bellevue- und Panja-Viertel hatten vor kurzem die Interessenten der dortigen Gegend eine Petition an den Magistrat gerichtet. Auf diese Petition ist nunmehr der Bescheid eingegangen, daß dem Gesuch nicht Folge gegeben werden könne, weil der Magistrat weitere höhere Schulen vor der Hand überhaupt nicht zu errichten beabsichtigt.

Der Polizeipolizei-Gingold-Stark hat seinen früheren Feldentzaten eine neue, den vorangegangenen würdige folgen lassen. Nicht nach England, wie er hatte verbreiten lassen, war der Vertrauensmann des Herrn von Tausch gegangen; er hatte sich vielmehr in Begleitung seiner Frau nach dem heimathlichen Oesterreich gewandt. Dort ist er eines Tages verschwunden und hat die Gattin von allen Mitteln entblößt im Stich gelassen. Unter großen Entbehrungen hat die Kernte Berlin wieder erreicht. Von dem sauberen Herrn Gemahl fehlt jede Spur.

Eine neue Nachtomnibus-Linie für die Strecke Oranienplatz-Leipzigerstraße-Kriminalgericht-Voabit soll zum Sommer eingerichtet werden.

Ueber einen Soldateneselsmord-Versuch in Gegenwart des Kaisers weiß die „Welt am Montag“ zu berichten: „Der Selbstmord eines Soldaten zur Zeit, als der Kaiser seine Spazierfahrt im Thiergarten machte, erregte gestern Nachmittag, wie uns mitgeteilt wird, bedeutendes Aufsehen. In der Nähe des großen Sterns im Thiergarten erschloß sich ein Soldat in einer Droschke in dem Augenblick, als der Kaiser vorüber fuhr. Da die anwesenden Schulleute sofort den Wagen umringten, ist es fraglich, ob der Kaiser den Vorfall bemerkt hat. Jedenfalls läßt die Ausführung des Selbstmordes darauf schließen, daß der Soldat die Aufmerksamkeit des Kaisers auf sich lenken wollte, damit dieser nach den Ursachen der That forschen möge.“ In dem auf-säthigen Selbstmord vor den Augen des Kaisers erfahren wir, daß es sich um einen Einjährig-Freiwilligen eines hiesigen Garde-Regiments zu Fuß handelt. Der Mann wurde von zwei Schützen mit einer Droschke in das Garnisonlazareth I in der Scharnhorststraße gebracht und lebt heute noch.

Der Einjährig-Heiß Bortles und dient bei der 5. Kompanie des 4. Garderegiments zu Fuß. Er war ohne Erlaubniß in bürgerlicher Kleidung ausgegangen und sollte, wie die Blätter melden, eine exemplarische Strafe zu erwarten haben.

Na, so was! Die „Kreuz-Zeitung“ enthält folgende Briefkasten-notiz: „Herrn v. R. in B. Ueber das Koffm-Ballsfest im königlichen Schlosse einen eigenen Bericht zu bringen, haben wir uns außer-stande, da unser Besuch um eine Zuschauerkarte vom Ober-Hof-marshall-Amt mit der Begründung abgelehnt worden ist, daß für Zeichner und Berichterstatler nicht genügend Platz vorhanden sei. Wenn Sie auf den Bericht des „Berl. Tagebl.“ hinweisen, dessen Autor von einer „Voge des weißen Saales“ aus „stundenlang“ zugehört hat, so wissen wir nicht, weshalb gerade für ihn eine Ausnahme gemacht worden ist.“ — Einfach Heuchlich!

Josef Kainz vom Deutschen Theater ist toben, wie das „M. Journal“ hört, als Nachfolger Ritterwürger's an das Wiener Burgtheater engagirt worden. Direktor Burckhardt war gestern in Berlin und hat den Vertrag abgeschlossen, der Herrn Kainz vom Herbst 1899 an für das Burgtheater verpflichtet.

Die letzten Ueberreste der vorjährigen Gewerbe-Ausstellung sind am Sonnabend unter den Hammer gekommen. Es waren dies die Uniformen, Mäntel und Marschallstäbe, welche die Beamten der Ausstellung getragen hatten. Die Versteigerung, an welcher fast ausschließlich Exdier theilnahmen, hatte einen günstigen Erfolg. Ein Posten ehemals grauer Uniformen, wie sie die Aufseher trugen, wurde beispielsweise mit 130 M. losgeschlagen.

Alt-Berlin. Die gegenwärtig kleinsten Häuser Berlins werden im nächsten Monat zum Abriß gelangen. Es sind dies die beiden noch aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Gebäude Gollnowstraße 13 und 14. Die Häuser haben bis zur Dachfirst eine Höhe von ca. 7 Meter und sind zweistöckig eingerichtet. Es waren dies Wirtschaftsgelände eines großen Bauerngutes, welches sich über die Gollnowstraße bis zur Landsbergerstraße erstreckte.

Zu einem lärmvollen Auftritt kam es am Sonntag Abend vor Beginn der Vorstellung im Volks-Theater. Zwei, natürlich den „besseren Ständen“ angehörige junge Leute, suchten sich durch über-lautes Sprechen und Lachen hervorzutun und belästigten das an-wesende Publikum, besonders die Damen durch allerhand ungebühr-liche Zurufe. Zur Ruhe verwiesen, antworteten sie in äußerst un-verschämter Weise und zeigten sich immer renitent. Schließlich riß den Kuffschickbeamten die Geduld, sie holten polizeiliche Hilfe und ließen die Spelatemacher zur Wache bringen. Auf dem Korridor singen beide mit der Garderobenfrau noch einmal Krachel an.

Ein Mordversuch ist gestern an einem Knaben verübt worden. Früh um 5 Uhr machte ein junger, bis jetzt unermittelt gebliebener Mensch im Hausflur des Hauses Albenbergstraße 29 den Versuch, den 13jährigen Knaben Richard Kieblock, Demminerstr. 58a, bei den Eltern wohnhaft, zu erdroffeln. Der Knabe wurde jedoch von dem Milchhändler Gustav Schuch noch rechtzeitig auf-gefunden und ins Leben zurückgerufen. Als der Knabe Richard Kieblock wieder ins Leben zurückgerufen war, gab er an, daß, als er früh das Haus betreten, ein fremder Mann, den er näher beschrieb, von der Treppe gekommen sei, ihm die Ruthe zugedrückt und ihm dann die Schmir, an welcher seine Fausthandschuhe befestigt waren, um den Hals geschlungen

habe, worauf er die Bestimmung verlor. Der Knabe glaubt, daß der Fremde die That aus Rache verübt habe, weil er ihn schon im Dezember einmal morgens habe von der Treppe herabkommen sehen und ihm damals drohte, daß er der Hauswirthin oder dem Hauseigentümer davon Mitteilung machen wolle, daß der Mann in dem Hause wahrscheinlich übernachtete. Der Mann ist entwischt, aber der Knabe hat eine vollständige Personenbeschreibung von ihm machen können. Es wird nicht berichtet, was der arme Knabe schon in so früher Stunde in dem Hause zu thun hatte, aber wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß das dem Tode glücklich entronnene Kind Austrägerdienste leistete, um seinen Eltern mit einigen Groschen im Haushalt beispringen.

Brände. Aus einer recht gefährlichen Lage mußte am Sonntag früh 9 1/2 Uhr der stud. med. Vorn, der Friedrichstraße 140 im zweiten Stock des rechten Seitenflügels wohnt, durch die Feuerwehre befreit werden. In seinem Wohnzimmer war, wahrscheinlich infolge Fahrlässigkeit, Feuer ausgebrochen und wurde von dem Wohnungsinhaber, der jedenfalls sehr fest geschlafen hat, erst bemerkt, als der ganze Inhalt des Zimmers in Flammen stand. Der Student wußte sich in dem ersten Schreck nicht anders zu retten, als daß er aus dem Fenster kletterte, sich hier festhielt und auf die Kulkunst der auf sein Glückseligkeit sofort alarmirten Feuerwehre wartete. Glücklicherweise verließen ihn die Kräfte nicht, sodaß er von der Feuerwehre mit den Hakenleitern noch rechtzeitig herabgeholt werden konnte. Der Brand wurde ohne Schwierigkeit auf seinen Ursprungsort beschränkt. Zu nachbarlicher Beschädigung mußte abends gegen 8 Uhr nach Charlottenburg ausgebrochen werden, wo auf dem Grundstück Luisenstr. 52 ein großer Dachboden- und Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Der Hauptherd befand sich im Dachgeschoß des Vorderhauses, von wo aus die Flammen aber auch schon auf die Dachgeschosse der beiden Seitengebäude Verbreitung gefunden hatten. Hier gelang es, den Brand bald zum Stehen zu bringen, während es zu seiner Bewältigung im Vorderhause noch einer längeren Arbeit bedurfte. Zur Löscharbeit wurden von der Orts-Feuerwehre 4 Nothre, von der Berliner 2 Nothre benützt, auch die Charlottenburger mechanische Leiter wurde aufgestellt. Die Ausräumungsarbeiten wurden der Orts-Feuerwehre überlassen.

Von einem Jubelstiller wurde in der Nacht zum Sonntag der 29 jährige Bankier Hermann Stohow aus der Braunstr. 12 überfallen. St. hatte auf dem Heimwege von einer Geburtsfeier seine Frau mit Bekannten vorausgehen lassen. In der Ecke der Putzuber- und der Vorhingsstraße überfiel ihn plötzlich ein Jubelstiller und bearbeitete ihn ohne weiteres mit dem Messer. Der Verletzte wurde so schwer verletzt, daß ein Schuttmann ihn in ein Krankenhaus bringen mußte.

Einen Schädelbruch hat sich Sonntag Abend um 10 Uhr der Feuerwehrmann Zahn beim Turnen zugezogen, indem er bei einer außerordentlichen Uebung von Querbaum herabfiel. Der Verunglückte mußte in ein Krankenhaus gebracht werden.

Arbeiter-Sanitäts-Kommission. Wichtigend wird uns zu der Beschreibung der Wohnung Barnimstr. 23 mitgetheilt, daß die Wohnung früher schon länger als ein Jahr vermietet gewesen sei.

Selbstmordversuch eines jungen Mädchens. Letzte Nacht sprang die 20 jährige uneheliche Elia W. aus dem Fenster der im ersten Stock eines Hauses in der Prinzenhofstraße 28 gelegenen Wohnung ihrer Mutter auf den Hof hinab und erlitt außer inneren Verletzungen Knochenbrüche an beiden Beinen.

Wegen eines Familienwisses hat der 44 Jahre alte Händler Friedrich Riege aus der Kottbuserstr. 4 Hand an sich gelegt.

Verhaftet wurde dem „S. Z.“ zufolge der Zwischenmeister B. aus der Straßburgerstraße, der einige fünfzig Arbeiterinnen beschäftigt, wegen Schleierei. B., der ein großes Haus führt, sich mehrere Dienstmädchen hält und in Prenzlauerberg an der Nordbahn eine Villa bewohnt, stand in dem Verdacht, mehreren Hausdienern einer hiesigen Wäsche-Engrosfirma Stoffe abgenommen zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung wurde ein ganzes Baarenlager an Wäsche u. s. w. vorgefunden und in mehreren Droschken nach dem Alexanderplatz geschafft. Der Schaden, den die Firma erlitten hat, wird auf mehr als 30 000 Mark geschätzt.

Eine Revolvergeschichte. In der Tiedstraße suchte der Wüstler Rudolf Krüger mit dem Ruffiker Willy Roquette und dem Handlungsgelhilfen Franz Richter ohne jede Veranlassung Streit, bedrohte sie mit einem Revolver und gab, als diese ihn zurückwiesen auf sie einen Schuß ab, durch den beide an den Köpfen leicht verletzt wurden. Der rohe Burche suchte zu entfliehen, wurde jedoch durch einen Schuttmann verhaftet.

In der Strafe „Am Jirkus“ fand in der Nacht zum Montag eine große Schlägerei statt, bei der vier Personen durch Messerhiebe an Köpfen und Händen verletzt wurden. Bei einer zweiten, an der Ecke der Putzuber- und Vorhingsstraße entstandenen Schlägerei wurden mehrere Arbeiter durch Messerhiebe verletzt.

Erfchossen hat sich am Sonntag um die Mittagszeit der Zigarrenhändler und königl. Stempelverkäufer Stubbe aus der Friedrichstr. 129 in der Kaiser Friedrichstraße zu Charlottenburg. Stubbe, der verheiratet ist, kam vor etwa anderthalb Jahren von Hamburg herher und begründete ein Zigarren-Import- und Versandgeschäft. Es scheint, daß seine geschäftlichen Hoffnungen sich nicht erfüllt haben.

Aus den Nachbarorten.

Die Lokalkommission von T. Wilmersdorf fordert die Parteigenossen auf, sich streng nach der Lokalliste zu richten. Außer Lehmann's Seefischchen, Kaiser-Allee, und Ringenbergs Volksgarten, Berlinerstraße, stehen der dortigen Arbeiterschaft weitere Lokale nicht zur Verfügung.

Bekanntlich ist die Errichtung eines **Gewerbegerichts** für die Gemeinde Wilmersdorf und Palensee mit der Begründung von den dortigen Gemeindevorständen abgewiesen worden, es liege kein Bedürfnis vor. Da nun in den beiden Ortsteilen seit Jahren eine rege Bauhätigkeit herrscht und der unvermeidliche Bau- und Umbau mit seinen schweren Schädigungen der betheiligten Arbeiter äppig in Blüthe steht, so ersucht Genosse Otto Nerre, Pfalzburgerstr. 67, Hof part., alle die Arbeiter, welche eine Schädigung an Arbeitsstätten u. s. w. infolge ihrer gewerblichen Thätigkeit innerhalb der Gemeinde Wilmersdorf und dem dazu gehörigen Palensee erlitten haben oder erleiden, Mittheilungen an seine Adresse gelangen zu lassen. Nerre will das Material als Beweis, daß die Errichtung eines Gewerbegerichts am Orte Bedürfnis ist, dem Gemeindevorstand übermitteln.

Der Kofferraub auf der Kasernenwache der Militär-Luftschifferabteilung zu Schöneberg, der in einigen Zeitungen in Zweifel gezogen wurde, ist thatsächlich vorgekommen, allerdings nicht in der vergangenen Woche, sondern in der Nacht vom 8. zum 9. Januar. Der Wachtabende — ein Gefreiter, nicht ein Unteroffizier — ist mit drei Tagen Mittelarrest bestraft worden, der Posten dagegen, der im Halbgeschlummer war, als die Kantine kasse geraubt wurde, mit 21 Tagen strengen Arrestes, von denen er jetzt noch acht zu verbüßen hat.

Ein erheblicher Mängendeckelungsfall ist in der heutigen Nacht in Charlottenburg verübt worden. Einem in der Pestalozzistraße wohnhaften Wandbeamten wurde der Hauptbestandtheil seiner Mängendeckelung im Werthe von über 1000 M. entwendet.

Gewerbegericht.

Die Ehre armer Mädchen steht eben so hoch, wie diejenige ihrer reichen Verwandten, mit diesen Worten leitete der Vorsitzende der 190. Abtheilung des Amtsgerichts I, Amtsgerichtsbezirk Westel, die Verurtheilung des gegen die noch ziemlich jugendlichen Kaufleute Cohn und Marcus wegen Beleidigung gefällten Urtheils ein. Die beiden Angeklagten hatten eines Abends zwei von der Arbeit nach Hause gehende junge Mädchen aus dem Arbeiterstande auf der Straße mit anstößigen Redensarten belästigt, ihnen

Konfett angeboten u. s. w. Als die beiden Mädchen sich das verbat, verhöhnten die beiden Geliebte sie damit, daß sie nicht einmal Handschuhe anhätten, und Cohn rief auf eine weitere Abweisung seitens des einen jungen Mädchens: „Wenn Sie jetzt noch ein Wort sagen, habe ich Ihnen eine herunter.“ Marcus meinte darauf mit nicht mißzuverstehender Andeutung: „Kommt nur, die wollen sich doch nur ein warmes Abendbrot verdienen.“ Beide Angeklagte wußten sich bei den „Schergen“ nichts „gedacht“ haben, ihre Vernehmung habe doch absolut nichts Beleidigendes gehabt. Nur mit Rücksicht auf die Jugend und bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten sah der Gerichtshof von einer Freiheitsstrafe ab und erkannte auf je 100 M. Geldstrafe und Publication.

Eine Messerfechtere mit tödlichem Ausgange beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht I, welches unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weimann eine neue Tagung begann. Die auf Körperverletzung mit tödlichem Erfolge lautende Anklage richtete sich gegen den 24 jährigen Schlosser Hugo Susemihl. Dieser war in der Nacht vom 13. zum 14. Dez. mit einem jungen Mädchen zum Tanzergnügen gewesen und begleitete seine Partnerin bis zu ihrem Hause Angermünderstr. 11. Beide plauderten vor der Thür noch ein Weilchen, wurden aber durch drei Männer mit Nebenarten häßlicher Art belästigt. Die drei standen auf der gegenüberliegenden Seite der Straße, waren aufeinander auch im Begriffe, Abschied von einander zu nehmen und machten sich ein Vergnügen daraus, das Pärchen mit unanständigen Ausdrücken zu bombardiren. Schließlich wurde es dem Angeklagten zu viel: er ließ seine Begleiterin ins Haus hinein und ging dann auf die andere Seite der Straße, um die drei zu fragen, was sie eigentlich von ihm wollten. Man machte ihn darauf aufmerksam, daß der Mann, der die beleidigenden Worte gebraucht, etwas angestrunken sei und daß er ruhig seines Weges ziehen und bedenken solle, daß er allein dreien Personen gegenüber doch den kürzeren ziehen würde. Susemihl ging denn auch und stellte sich abwärts vor der Thür des Hauses Nr. 11 auf. Die drei folgten ihm bald und der Fensterputzer Robert Wilhelm, der in demselben Hause wohnte, fragte ihn, ob er denn überhaupt dort wohne, widrigenfalls er sich entfernen möchte. Darüber gerieth der Angeklagte in eine unbeschreibliche Wuth, er zog plötzlich ein Messer aus der Tasche und hieb wie toll um sich. Der Arbeiter Adolf Bährig erhielt hierbei einen furchtbaren Messerhieb, der sich von der Hauptschlagader hinter dem rechten Ohr um die Kinnlade herum bis auf den Brustwirbelknochen ausdehnt. Bährig war in wenigen Minuten eine Leiche. Wie der gerichtliche Sachverständige Medizinalrath Dr. Long befandete, ist der Tod eine Folge von Verblutung gewesen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten schuldig, bewilligten ihm aber milde Umstände. Der Staatsanwalt beantragte drei Jahre, der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Der Landrichter Kanoldt am Landgericht II, welcher erst im vorigen Jahre von Ruppenthal nach Berlin berufen wurde, ist soeben als Hilfsarbeiter an das Kammergericht berufen worden.

Die Giftmorde und zwei Giftmordversuche werden einer Frau zur Last gelegt, die sich gestern vor dem Schwurgericht in Verden a. d. N. zu verantworten hatte. Die in dritter Ehe verheiratete Angeklagte Johanna Schmidt, geb. Günther, zu Lehe ist von Beruf Hebamme. Ihre dritte Ehe ging die Angeklagte im Jahre 1896 mit dem Fuhrmann Schmidt in Lehe ein. Die Eheleute wohnten im Hause des alten Vaters des Schmidt, des Rentiers Nikolaus Schmidt, der an Stelle der Miethe von seinem Sohne freie Verköstigung erhalten sollte. Es kam aber bald zu Zwistigkeiten zwischen dem alten Schmidt und seinen Kindern, so daß ersterer dieselben aufforderte, auszuziehen. Hierzu kam es aber nicht, sondern es wurde die Zahlung eines Mietzinses vereinbart. Kurze Zeit nach diesem Streitfall, am 9. Mai 1896, kam der alte Schmidt mittags nach Hause, wurde aber nicht zum Essen gerufen, so daß er beim Warten einschlies. Erst geraume Zeit später wurde er von seiner Schwiegertochter, der Angeklagten, geweckt, die ihm sagte, daß sie geglaubt habe, er wäre nicht zu Hause, und daß sie daher allein gegessen habe. Schmidt sen. erhielt dann eine Bieruppe vorgefetzt, die, wie er angiebt, einen widerlichen Geschmack hatte. Dasselbe war der Fall bei dem folgenden Gericht Butterlartoffeln. Er hatte kaum einige Bissen genossen, als ihn ein Uebelbefinden überfiel, in Reibie und Magen stellte sich ein heftiges Brennen ein. Er mußte sich übergeben und litt noch mehrere Stunden an starkem Durchfall und Leibschmerzen. Am folgenden Tage, einem Sonntag, lehrte er abends heim und erhielt von seiner Schwiegertochter einen bereits bereitehenden Topf Kaffee vorgefetzt. Als er denselben an die Lippen setzte, empfand er wiederum einen scharfen brennenden Geschmack. Schmidt übergab nun das Getränk einem Freunde, welcher es von dem Apotheker untersuchen ließ. Dieser fand in dem Kaffee bedeutende Mengen von Sublimat. Die hierauf eingeleitete Untersuchung veranlaßte, auch einige Nachforschungen nach dem Vorleben der Angeklagten anzustellen. Und da ergab sich die überraschende Thatsache, daß ihre beiden ersten Ehemänner, der Gärtner Kratzky und der Kapellmeister Eckard unter ähnlichen Umständen plötzlich verstorben waren. Die Anklagebehörde hat nunmehr auch wegen des Falles Kratzky Anklage wegen vollbrachten Mordes erhoben. Sie nimmt an, daß die Angeklagte die grausige That begangen habe, um ihren zweiten Mann, den Kapellmeister Eckard in Osnabrück, heirathen zu können. Aber auch dieser ist nach kurzer Ehe plötzlich an den Folgen einer Karbolsäure-Vergiftung gestorben. Die Angeklagte giebt zwar an, daß ihr Mann sich vergiftet und statt Hoffmannsdropsen Karbolsäure genommen habe. Wegen dieses Falles hat infolge mangelnder Beweise keine Anklage erhoben werden können, jedoch wird auch er Gegenstand eingehender Beweishebungen im Laufe der voraussichtlich drei Tage währenden Verhandlungen sein.

Aber noch mehrere räthselhafte plötzliche Todesfälle in ihrer nächsten Umgebung begleiten die Lebensbahn der Angeklagten. Zunächst ist ihre eigene Mutter im Jahre 1894 unter eigenhändigen Umständen plötzlich gestorben und während ihres Aufenthaltes in Osnabrück — in der zweiten Ehe — starb im Wochenbett eine Frau Rogge, die die Angeklagte als Hebamme behandelte, plötzlich an Quecksilbervergiftung. Beide Todesfälle sind unauflöslich geblieben, werden aber ebenfalls in der Verhandlung zur Sprache gelangen. Es sind im ganzen 67 Zeugen geladen.

Veranstaltungen.

Bäder-Veranstaltung tagte am 29. v. M., bei Nieft, Weberstr. 17, um Stellung zu dem am 22. und 23. April in Oer a. statfindenden deutschen Bäderkongreß zu nehmen. Von den Anhängern der lokalen Richtung lag eine gegen die Beschickung des Kongresses sich richtende Resolution vor, die von Barth begründet wurde. In ziemlich dreistündiger erregter Debatte, an der von den Fachvereinsleitern sich ferner Schneider, Fischer, Most, Dally und Klug betheiligten, kam es zu Auseinandersetzungen mit den Anhängern der Mitgliedschaft des Verbandes, welche für die Beschickung durch mindestens vier Delegirte eintreten. Sandhoff, Döppner, Kärdwald und Brieskorn sprachen von dieser Organisation. Von den Gegnern der Kongreßbeschickung wurde geltend gemacht, daß dieser Kongreß nicht im Stande sei, zur Erhaltung des Maximal-Arbeitstages etwas beizutragen, da ihm voraussichtlich das imposante Gepräge einer Massenkonferenz fehlen werde, wie solche z. B. in Berlin mehrfach stattgefunden hätten.

Die Befürworter des Kongresses erklärten, ein jeder Kongreß garantiere einen Fortschritt im Befreiungskampfe und dieser Kongreß werde besser beschickt sein als alle seine Vorgänger. Eine Blamage würde es sein, wenn die größte Stadt Deutschlands auf diesem Kongreß nicht vertreten wäre und der Kostenpunkt komme nicht in Betracht. Schlüter sprach vermittelnd und stellte den Antrag, einen Delegirten zum Kongreß zu entsenden mit der Weisung, nur den Punkt „Bäder-Arbeitschutz“ und seine Gegner mit zu verhandeln und dann den Kongreß wieder zu verlassen. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen

worden war, kam man zur Abstimmung. Die Resolution fand nicht die Majorität. Bei dem Antrag Schlüter kam es nach zweimaliger vergeblicher Abstimmung zur Stimmentauschlung, wobei sich eine Ablehnung dieses Antrages mit 109 gegen 108 Stimmen ergab. Ein großer Theil enthielt sich der Abstimmungen gänzlich, während ein anderer Theil schon vorher weggegangen war. Die Delegirtenwahlen finden in der nächsten Versammlung statt.

Ein „Deutsch-Kartell“ ist die neueste Erscheinung auf politischem Gebiet. Es wurde am Sonntag in einer in den Germania-Hallen abgehaltenen Versammlung gegründet, und zwar nach dem Vorschlage des Herausgebers der „Deutschen Zeitung“, Dr. Friedrich Lange. Ausgehend von der Erkenntnis, daß weder die konservative noch die national-liberale Partei im Stande ist, bei den Reichstagswahlen jede für sich anschlagentende Erfolge zu erringen, tritt Dr. Lange für ein Zusammengehen beider Parteien bei den Wahlen, wie überhaupt für eine dauernde Vereinigung derselben ein. Da aber der selbstsüchtige Partiongeist einem solchen Ausgleich hindernd im Wege stehe, so wendet sich Dr. Lange nicht an die Abgeordneten, sondern an das „national gesunte, von deutschem Geiste befehlte“ Volk, bei dem er ein geneigtes Ohr für seinen Vorschlag zu finden hofft. Als dritte im Bunde ist die „deutsch-soziale Reformpartei“ außerzusehen, eine neue und manchem unbetragene Nummer, aber die deutschste Partei von allen.“ Das Deutsch-Kartell soll natürlich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie und das Judenthum aufmarschiren, und gegebenen Falles auch gegen die vom römischen Geist erfüllte Zentrumspartei den Kampf aufnehmen. Obwohl Dr. Lange manche Bedenken gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht hat, ist er doch so gütig, dasselbe als verfassungsmäßige Grundlage des Deutschen Reiches anzuerkennen, und zwar, weil Bismarck es dem deutschen Volke gegeben und mancherlei Anfeindungen gegenüber erhalten hat. Der Verherrlichung des Kaisers und Bismarcks gab man zu Beginn der Versammlung durch Absendung von Guldigungstelegrammen Ausdruck. Von den etwa 300 Anwesenden sollen nach Angabe Dr. Lange's 50—60 aus den verschiedensten deutschen Städten, zum Theil aus weiter Entfernung gekommen sein. Es traten u. a. Redner aus Oer, Greiz, Reichenbach und Köln auf. Da nur solche Personen zur Versammlung zugelassen wurden, die sich vorher durch Unterschrift mit den in mehreren Zeitungsartikeln der „Deutschen Zeitung“ niedergelegten Anschauungen des Dr. Lange einverstanden erklärt hatten, so machte sich natürlich ein Widerspruch gegen dessen Vorschlag nicht geltend. Außer anderen Rednern trat auch ein Mitglied des deutsch-konservativen Parteirathes für das Kartell ein. Ein Kriegerveinglieder aus Kottbus las in derben Worten den Märtern den Text, weil sie sich trotz der ihnen in der letzten Kaiserrede bewiesenen Huld nur in so geringer Zahl zu diesem nationalen Werk eingefunden hätten. Ein antisemitischer Buchhändlermeister befandete, daß der Haß gegen die Juden sein Lebenselement sei. Er machte der konservativen Partei den Vorwurf, daß sie diesen Haß nicht genug geschürt habe. Ein anderer Redner erklärte die Nationalliberalen für zu jüdenfreundlich und wollte den Antisemitismus in erster Linie durch das Kartell vertreten wissen. Ein Hauptmann a. D. hätte an Stelle des Kartells lieber eine neue deutschnationale Partei gründen mögen zum Kampfe gegen die finsternen Mächte des Umsturzes: Sozialdemokraten, Kömmlinge und Jesuiten. Daß man die Sozialdemokratie in Berlin nicht mehr besiegen könne, schien den meisten Rednern klar, jedoch hoffte man, in der Provinz einen günstigen Boden für die neue Kartellbewegung zu finden. Schließlich wurden die Lange'schen Vorschläge angenommen, die „Deutsche Zeitung“ zum Organ und Dr. Lange zum Vorsitzenden des „Deutsch-Kartells“ ernannt. Über „Deutsche Zeitung“ auf die Beine zu bringen, scheint wohl überhaupt der Hauptzweck des ganzen Rummels zu sein.

Fachverein der Studenten Berlins und Umgegend. In der leider sehr schwach besuchten Versammlung vom 22. Monats wurde die Debatte über „Die Praxis der Gewerbegerichte“ fortgesetzt und speziell der Paragraph 124 einer eingehenden Besprechung unterzogen.

Die Festschule der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 26, ist wochentags von 6—9 Uhr, Sonntags von 4—9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstr. 26, bei den Vereinsvorständen zur Vermittlung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6—9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Fachverband Berlins und Umgegend, Vorsitzender Ad. Neumann, Postenstr. 3. Alle Versammlungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrichstr. 60 r. u. m., Postenstr. 46, v. 2 Tr.

Arbeiter-Handelbund Berlins und Umgegend, Versammlungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschw. 2, Postenstr. 40, v. 2. Hof, 4 Tr.

Gund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Ausschüsse, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gentl, S. Postenstr. 107 v.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 9—10 1/2 Uhr: Sadoh Schule Waldemarstr. 14: Deutsch (die deutsche Literatur in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts — Aufsätze). Herr Heinrich Schulz — Nordstraße 25: Nationalökonomie (Uebersicht der verschiedenen Wirtschaftssysteme — Entwicklung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Theorie der Werthe und Mehrwerthe) Herr Dr. Konrad Schmitz.

Centralverein der Bildhauer. Heute, abends 8 Uhr, Versammlung (Zusammenkunft siehe Inserat).
Rossmo. Verein für volkshumliche Wissenschaft. Dienstag, den 2. v. M., abends 8 1/2 Uhr bei Gentl, Brunnenstr. 17: Vorträge, Diskussion. Gdte willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.

Fräulein Johanna Haake aus Halle, Fräulein Anna Eggers und Herr Tomoragani G. Franz werden beim Vortrage in der Marktschule Mittwoch den 3. März, Mittag 12 Uhr mitwirken. Der Eintritt ist frei.

Bildgros. Goldarbeiter. Bericht nicht erhalten.

Witterungsüberblick vom 1. März 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C.)
Schwelmünde	758	SO	5	heiter	1
Hamburg	755	SO	1	wolfig	1
Berlin	758	SO	3	wolfig	2
Wiesbaden	758	SO	1	bedeckt	5
München	760	SO	4	Regen	7
Wien	761	SO	2	bedeckt	7
Babaranda	762	N	2	wolkenlos	-21
Petersburg	762	W	1	Schnee	-8
York	750	NRW	2	halb bedeckt	4
Aberdeen	740	SO	3	wolfig	4
Paris	756	SO	3	Regen	7

Wetter-Prognose für Montag, den 2. März 1897.
Ziemlich trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden, wärmerer Nacht und wenig veränderter Tagestemperatur.
Berliner Wetterbureau.

Passage-Panopticum.
Vom 6. März ab:
32 Mädchen
aus Samoa

Urania, Tauben-Strasse No. 48-49.
Naturhistorische Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62
Lehrter Stadthaus. Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab 50 Pf. Im Theater-Saal täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Raberz der Tagesankäufer.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 2. März.
Cycloband, Fideles.
Schauspielhaus, Wilhelm Tell.
Deutsches. Der Sohn des Kaffers.
Berliner. Kaiser Heinrich.
Festung. Die Geliebte. Hierauf: Monsieur Hippolyte.
Neues. Marcella.
Ostend. Zu hoch hinauf.
Welken. Die berühmte Frau.
Rehens. Affocia.
Pinden. Indigo und die vierzig Räuber.
Thalia. Frau Lieutenant.
Schiller. Ein Wintermärchen.
Neutral. Ein fideles Abend.
Golds. Von Stufe zu Stufe.
Friedrich. Wilhelmshäufiges.
Heinrich Heine.
Alexanderplatz. Eine pikante Theater-Pantomime. Affentheater.
Apollo. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 7. März, nachm. 3 Uhr:
Geschichte der Damen Martha Frech und Therese Frechburg; der Herren Heinrich Schulz und Wilhelm Ruff.
Zum ersten Male!
Die Jungfrau von Orléans.
Romantische Tragödie von Fr. Schiller.
Johanna; Martha Frech. Agnes Corel; Therese Frechburg. König: Michael Jürges. Damiel: Heinrich Frech. Burgund: Wilhelm Ruff. Damiel: Heinrich Schulz. Taidot: Julius Türk.
Die Kostüme, Requisiten, Waffen sind aus den kunstgewerblichen Werkstätten von P. Hilbrand.
Eintrittskarten à 50 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Schiller-Theater
(Waller-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.
Thalia-Theater.
(vormals Adolph Grust-Theater).
„Frau Lieutenant.“
Bauwerke in drei Akten von Paul Herzer und Anton Wiers.
Deutsch von Hermann Hirschel.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.

Central-Theater.
Alle Jalousie. 30. Dir. Rich. Schulz.
Abends 7 1/2 Uhr: Zum 26. Male:
Ein fideles Abend.
Morgen Mittwoch: Zum 27. Male:
Ein fideles Abend.
Friedrich Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Gastspiel des Herrn Carl Pander vom Thalia-Theater in Hamburg. 8 1/2 Uhr: Heinrich Heine. Bühnenreigen: Operateur und Lotterie-Kollekteur. Freitag: Carl Pander a. G. — Sonntags 8 Uhr: Eine Tasse Thee. Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von B. Dross.
Billetts sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellung an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Anwaltsbüro, Unter den Linden 24, bei Paul Romeis, Leipzigerstraße 6, und Julius Vengenfeld, Marienstraße 10.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute Dienstag:
Fastnachts-Ülk-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schröder).
Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf.
Nach der Langtränke.
Soirée: Tanz frei.
Morgen Mittwoch:
Wobster Stadttheater.
Neues Programm! Zum Schluss:
Mampo's Konservatorium für Musik.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Neue Debuts!
Carmencita
Five Sisters Lorrison
Der Kinetograph
mit vollständigem neuer Silber-Zerle und dem Genationsbilde:
Endlich allein!
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Central-Theater.
Alle Jalousie. 30. Dir. Rich. Schulz.
Abends 7 1/2 Uhr: Zum 26. Male:
Ein fideles Abend.
Morgen Mittwoch: Zum 27. Male:
Ein fideles Abend.
Friedrich Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr. Dienstag, Mittwoch, Donnerstag: Gastspiel des Herrn Carl Pander vom Thalia-Theater in Hamburg. 8 1/2 Uhr: Heinrich Heine. Bühnenreigen: Operateur und Lotterie-Kollekteur. Freitag: Carl Pander a. G. — Sonntags 8 Uhr: Eine Tasse Thee. Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von B. Dross.
Billetts sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellung an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Anwaltsbüro, Unter den Linden 24, bei Paul Romeis, Leipzigerstraße 6, und Julius Vengenfeld, Marienstraße 10.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute Dienstag:
Fastnachts-Ülk-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schröder).
Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf.
Nach der Langtränke.
Soirée: Tanz frei.
Morgen Mittwoch:
Wobster Stadttheater.
Neues Programm! Zum Schluss:
Mampo's Konservatorium für Musik.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Neue Debuts!
Carmencita
Five Sisters Lorrison
Der Kinetograph
mit vollständigem neuer Silber-Zerle und dem Genationsbilde:
Endlich allein!
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute Dienstag:
Fastnachts-Ülk-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schröder).
Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf.
Nach der Langtränke.
Soirée: Tanz frei.
Morgen Mittwoch:
Wobster Stadttheater.
Neues Programm! Zum Schluss:
Mampo's Konservatorium für Musik.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Neue Debuts!
Carmencita
Five Sisters Lorrison
Der Kinetograph
mit vollständigem neuer Silber-Zerle und dem Genationsbilde:
Endlich allein!
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute Dienstag:
Fastnachts-Ülk-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schröder).
Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf.
Nach der Langtränke.
Soirée: Tanz frei.
Morgen Mittwoch:
Wobster Stadttheater.
Neues Programm! Zum Schluss:
Mampo's Konservatorium für Musik.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Neue Debuts!
Carmencita
Five Sisters Lorrison
Der Kinetograph
mit vollständigem neuer Silber-Zerle und dem Genationsbilde:
Endlich allein!
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute Dienstag:
Fastnachts-Ülk-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schröder).
Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf.
Nach der Langtränke.
Soirée: Tanz frei.
Morgen Mittwoch:
Wobster Stadttheater.
Neues Programm! Zum Schluss:
Mampo's Konservatorium für Musik.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Neue Debuts!
Carmencita
Five Sisters Lorrison
Der Kinetograph
mit vollständigem neuer Silber-Zerle und dem Genationsbilde:
Endlich allein!
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Heute Dienstag:
Fastnachts-Ülk-Soirée
der
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schröder).
Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pf. Vorverkauf 50 Pf.
Nach der Langtränke.
Soirée: Tanz frei.
Morgen Mittwoch:
Wobster Stadttheater.
Neues Programm! Zum Schluss:
Mampo's Konservatorium für Musik.

Achtung! Parteigenossen Berlins! Achtung!
Sonnabend, den 13. März, abends 8 Uhr, im Fern-Palast, Burgstraße:
Marx-Gedächtniss-Feier
veranstaltet vom Leseklub Karl Marx
unter geistl. Mitwirkung der Konzertfängerin Fräulein Gertrud Alex (Alt) und des Herrn Paul Friedrichs (Bariton) sowie der Arbeiter-Vogelweberin, Kreisberger Harmonie, „Froh' Hoffnung“, „Grüne Eiche“, „Zukunft“, Dirigent: Herr Lilienberger. Musik von Brill-Berufsmusikern. Dirigent: Herr Georg Schöner.
Festrede: Genosse Pons. — Prolog: Genosse Winkler. — Großer Ball.
Billet 30 Pf. Tanz 30 Pf. Das Comité: Pantou, Bülowstr. 21 pt.; Schäfer, Mittenwalderstr. 43 III.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.
Heute und folgende Tage:
Zu hoch hinaus!
Vollständ. in 4 Akten von R. Gänther.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag Nachm.: Der Walzer-Tonia.

Alexanderplatz-Theater.
Kleine Preise. Anfang 8 Uhr.
Heute und folgende Tage: Eine pikante Gde. Berliner Vögel mit Gesang und Tanz in 4 Akten von G. Grubens.
Bald, auch die zu anderen Stücken ausgegeben sind, behalten ihre Gültigkeit.
Sonnabend, den 6. März 1897: Einmaliges Gastspiel des Gelehrten Herrn Feldherrn Badepferd Woffen-Theater. Eine Parrie Stabrias und Guckel allein.
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Kinder-Vorstellung. Frau Holle, Bauerntänzerin mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern von G. Grubens.
Billetts sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellung an der Theaterkasse zu haben. Sonntags 11-1 Uhr und abends von 7 1/2 Uhr an.

Volks-Theater
34 Reichensbergerstr. 34.
Vorbestellung Rottdorfer Thor.
Jeden Abend 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.

Feen-Palast, Burgstr. 22.
Direktion Winkler & Fröbel.
Szenen! Das Staunen!
Durchweg neue brillante
Riesengrosse
März-Programme
Senations-20 Nummern.
Neu! Sourette auf dem Zweirad!
Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 Mark 50 Pf.

Berliner Posen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben).
Direktion: Joseph Mähinger und Leonhardy Gastel.
Abend 8 1/2 Uhr:
Novität! Novität!
Baruch und Sohn.
Neue Specialitäten!
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entree 30 Pf. Die Direktion.

Circus Renz
Karlstrasse.
Zubühnen-Galton 1896/97.)
Dienstag, den 2. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:
Extra-Vorstellung.
Durchschlagender Erfolg.
Novität!
Aus der Wappe
eines
Riesengebirgs-Phantasten.
Nebenher die herbeort. Nummern des Repertoires. Donner u. Darluis. Happpenghe, drei u. vorgeführt von Herrn Robert Renz, Eine Schulaquadrille, geritten von 8 Herren. Hoch- und Weitsprünge über 6, 8 und 10 Pferde, ausgef. von 2 besten Springern der Gesellschaft. Einlage und doppelte Baguetsprünge über Hindernisse, ausgeführt von 12 Ungarn.
Mittwoch, den 3. März 1897, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Vorstellung.**
In gänzlich der Bestenmarke. Großer patriotischer Festakt. Aus der Wappe eines Riesengebirgs-Phantasten.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weitschwimmen.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Friedrichstr. 52/53 (Eingang Passage) Annenstraße 12/13.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Vorverkauf in der Woche 5 Pf.,
Entree 30 Pf. Die Direktion.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Dienstag, den 2. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Nebenher: Die Busch als Schutzhüter auf dem englischen Volkstheater. Hovory. Absinkt, sprengt Dampf, ger. v. der berühmten Schutzhüterin Frau Maria Doré. Die vorzüglichsten Preisrichter des Direktors Busch. Kustreien der herbeort. ragensten Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Neu! Prof. Sily, Akrobaten-König. Hr. Goleman mit seinen berühmten Hunden und Kägen. Spezialitäten I. Ranges. Vorh. Kavens.
Morgen: Nach Sibirien.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weitschwimmen.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Friedrichstr. 52/53 (Eingang Passage) Annenstraße 12/13.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Vorverkauf in der Woche 5 Pf.,
Entree 30 Pf. Die Direktion.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Dienstag, den 2. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Nebenher: Die Busch als Schutzhüter auf dem englischen Volkstheater. Hovory. Absinkt, sprengt Dampf, ger. v. der berühmten Schutzhüterin Frau Maria Doré. Die vorzüglichsten Preisrichter des Direktors Busch. Kustreien der herbeort. ragensten Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Neu! Prof. Sily, Akrobaten-König. Hr. Goleman mit seinen berühmten Hunden und Kägen. Spezialitäten I. Ranges. Vorh. Kavens.
Morgen: Nach Sibirien.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weitschwimmen.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Friedrichstr. 52/53 (Eingang Passage) Annenstraße 12/13.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Vorverkauf in der Woche 5 Pf.,
Entree 30 Pf. Die Direktion.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Dienstag, den 2. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Nebenher: Die Busch als Schutzhüter auf dem englischen Volkstheater. Hovory. Absinkt, sprengt Dampf, ger. v. der berühmten Schutzhüterin Frau Maria Doré. Die vorzüglichsten Preisrichter des Direktors Busch. Kustreien der herbeort. ragensten Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Neu! Prof. Sily, Akrobaten-König. Hr. Goleman mit seinen berühmten Hunden und Kägen. Spezialitäten I. Ranges. Vorh. Kavens.
Morgen: Nach Sibirien.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weitschwimmen.

Protestversammlung
der gesammten Arbeiterschaft Berlins
am Mittwoch, den 3. März 1897, abends 8 1/2 Uhr,
in Keller's großem Saal, Köpenstr. 29.
Tagesordnung: Die Greuelthaten in Barcelona.
Referenten aller Parteirichtungen werden sprechen.
Der Einberufer: Kertscher.

Achtung! Puker! Achtung!
Mittwoch, den 3. März, abends 6 Uhr, im Lokal Königsbank, Große Frankfurterstraße 117;
Grosse öffentliche Versammlung
der Puker Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die festgestellte Aufnahme der Arbeitsverhältnisse in unseren Gewerbe und Vorschläge der Kommission. 2. Berufung des Referats über die festgestellte Aufnahme der Einführung des Arbeitsnachweises. Die Kollegen, welche kein Regulativ und Stimmzettel erhielten, erhalten beides in der Versammlung, damit jeder seine Stimme abgeben kann.
133/9 Die Kommission. J. K. Vogel.

Achtung! Zimmerer! Achtung!
Mittwoch, den 3. März 1897, abends 8 Uhr:
Vier gr. öffentl. Versammlungen
für Gesundheitswesen, Wedding und Moabit:
in der „Norddeutschen Brauerei“, Chausseestr. 58,
für Nordosten und Osten:
in den „Fortuna-Sälen“, Strausbergerstr. 3,
für Südosten und Süden:
in „Hente's Salon“, Naunynstr. 27,
für Westen und Südwesten:
im Lokale „Königshof“, Bülowstr. 37.
Tages-Ordnung:
1. Rechte und Pflichten der Berliner Zimmerer mit besonderer Berücksichtigung der vorjährigen Lohnbewegung. 2. Diskussion und Beschließen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten.
Referenten: Theodor Fischer, Ernst Obit, Hermann Rube, Hermann Knäuper. Die Lohnkommission.

Chemigraphen!
Donnerstag, 4. März, abends 8 1/2 Uhr, b. Zubell, Lindenstr. 106:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Fritz Zubell. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Beschließen. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten.
Die Verwaltung.

Frauenkrankheiten,
Anleitung: Ein Blick in das Innere der Frau.
Vortrag vom prakt. Naturheilkundigen Grundmann am Mittwoch, 3. März, abends 8 Uhr, bei Hilke, Badstraße 19. Der Vortrag wird an einer lebensgroßen künstlichen Frau und an zahlreichen Figuren, welche die verschiedenen Frauenleiden veranschaulichen, erklärt. Eintritt 20 Pf. Gabe, nur Frauen, willkommen.
Der Verein für Körper- und Naturheilkunde. Geschäftsstelle: Alexanderstraße 8.

Bekanntmachung.
Kaufmann's Variété.
Das grösste und beste Programm v. Berlin.
Neu! Neu! Neu!
Die preisgekrönten Schönheiten als Kunstschüler.
Geschw. Delwina als Kunstschüler.
Castor d'Aunack, Französischer Besetzungsfänger.
Gebr. Tschepanov, Bahnsänger-Trio.
Sign. Gentes, Humorist.
Gebr. d'Oretto! Die verrückten russ. Klownen.
Kody-Marga, Internat. Kostüm-Soubrette.
Gebr. Antoni, die unübertreffl. Redaktoren.
Mr. Kolly, Equilibrist.
Ledy Nora, Konzertfängerin.
Mr. John, Fuß-Kunstode.
Gebr. Olevas, Champion-Turner.
Hr. Patty d. Kopfstand-Gauller.
Neu!
Kieling Troupe,
Pantomimen.
Ein Spaß in der Schusterwerkstatt.
Des großen Programms wegen beginnt die Vorstellung präz. 7 1/2 Uhr.

Weit-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-Theater.
Friedrichstr. 97.
Novität! Novität! Novität!
Das tanzende Berlin.
Im herrlichen Saal täglich:
Künstler-Frei-Konzert.
Anfang: Entree:
Wochent. 7 1/2 Uhr. | Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. | Sonntags 30 Pf.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weitschwimmen.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Friedrichstr. 52/53 (Eingang Passage) Annenstraße 12/13.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Vorverkauf in der Woche 5 Pf.,
Entree 30 Pf. Die Direktion.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Dienstag, den 2. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Nebenher: Die Busch als Schutzhüter auf dem englischen Volkstheater. Hovory. Absinkt, sprengt Dampf, ger. v. der berühmten Schutzhüterin Frau Maria Doré. Die vorzüglichsten Preisrichter des Direktors Busch. Kustreien der herbeort. ragensten Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Neu! Prof. Sily, Akrobaten-König. Hr. Goleman mit seinen berühmten Hunden und Kägen. Spezialitäten I. Ranges. Vorh. Kavens.
Morgen: Nach Sibirien.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weitschwimmen.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Friedrichstr. 52/53 (Eingang Passage) Annenstraße 12/13.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Vorverkauf in der Woche 5 Pf.,
Entree 30 Pf. Die Direktion.

Circus Busch
Bahnhof Börse.
Dienstag, den 2. März 1897,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große brillante Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin:
Nach Sibirien.
Nebenher: Die Busch als Schutzhüter auf dem englischen Volkstheater. Hovory. Absinkt, sprengt Dampf, ger. v. der berühmten Schutzhüterin Frau Maria Doré. Die vorzüglichsten Preisrichter des Direktors Busch. Kustreien der herbeort. ragensten Reitkünstlerinnen und Reitkünstler. Neu! Prof. Sily, Akrobaten-König. Hr. Goleman mit seinen berühmten Hunden und Kägen. Spezialitäten I. Ranges. Vorh. Kavens.
Morgen: Nach Sibirien.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Weitschwimmen.

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Friedrichstr. 52/53 (Eingang Passage) Annenstraße 12/13.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Vorverkauf in der Woche 5 Pf.,
Entree 30 Pf. Die Direktion.

3. Wahlkreis.
Mittwoch, den 3. März, abds. 8 Uhr, in Sanssouci, Rottdorferstr. 1a:
Volksversammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel über:
„Die Wirren im Orient.“
Diskussion. [213/6*]
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Oeffentliche
Schneider- und Näherinnen-Versammlung
aller Branchen der Schneiderei und Konjektions-Industrie
am Dienstag, den 2. März 1897, abends 8 1/2 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:
1. Die beabsichtigte Ausdehnung der Krankversicherung durch Ordinat auf die Berliner Hausindustrie, die Anträge der Gewerbedeputation des Magistrats und unsere Stellung hierzu. Referent: Kollege 3. Timm. 2. Diskussion.
Die Versammlung ist von wichtiger Bedeutung für die Kollegen und Kolleginnen aller Branchen. Wir fordern deshalb auf, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.
164/4 Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Zentralverein der Bildhauer.
Heute, Dienstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, Naunynstraße 16:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Gestaltet der Verein seinen Mitgliedern das Umfragen nach Arbeit? 2. Die ist es zu regulieren, damit es nicht schädigend wirkt? 3. Geschäftliches und Beschließen. 21/7
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin).
Heute, Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr, bei Keller, Köpenstr. 29:
Außerordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl eines Arbeitsvermittlers. Wahl eines ersten Schriftführers und eines Mitgliedes zum Ausschuss. 2. Die für dieses Geschäftsjahr in Aussicht genommenen auswärtigen Strecken in unsern Gewerbe. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten.
Die Ortsverwaltung.
Ohne Mitgliedsbuch ist der Eintritt nicht gestattet.

Vertrauensmänner-Versammlungen:
Süd-Osten:
im Lokale des Herrn Rautenberg, Craniensstr. 180:
folgende Werkstellen sind eingeladen wegen Ueberstunden: Zeitl. Tischlerstr. 81; Lokal, Admiralstr. 7; Schul u. Franz, Heinerstr. 2; Siemens u. Galste, Marienstr. 91; Prumptz, Holzmarktstr. 21.
Osten:
im Lokale des Herrn Thiels, Fruchtstraße 36a.
Wedding und Gesundbrunnen:
im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 28.
Die Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission versammeln sich um 7 Uhr vorm im Lokal.
Schönhäuser und Rosenthaler Vorstadt:
im Lokale des Herrn Ahrchel, Schönhäuser Allee Nr. 28.
Westen und Südwesten:
im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße 106.
Moabit: im Lokale Thumstraße 81.
Vertrauensmänner-Sigung der Bürkenmacher
im Lokale der Herren Klinz & Co., Alle Jalousie, 83.
Branchen-Versammlung
der Parquetbodenleger
im Lokal des Herrn Babel, Rosenthalerstr. 57.
Tages-Ordnung:
1. Entwurf der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Die jetzt eingerichteten Werkstätten in unserer Branche. 3. Beschließen. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bezirks-Versammlungen.
Hirsdorf:
Heute, Dienstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Victoria-Hallen, Hermannstr. 49-50.“
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Haber über: Der Staat und die Arbeiter. 2. Diskussion.
SO. Göliger Viertel: bei Rautenberg, Craniensstraße 180.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wehl über: Die Heilkraft des Wassers. 2. Diskussion.
Wedding und Draniensburger Vorstadt:
Mittwoch, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 28.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Orzechowski über: Elektrizität. 2. Diskussion.
In allen Versammlungen Verbandsangelegenheiten und Beschließen. Ausgabe der Arania-Billetts zum 19. April. (Neues Etüd.) Gabe willkommen. Achtung! Sonntag, den 7. März, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Cohn, Dönhofstr. 21, findet die Stichwahl der Delegierten zur General-Versammlung in Braunschwieg statt.
121/5 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer! Achtung!
Mittwoch, den 3. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstr. 33:
Oeffentl. Baudeputierten-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Ist die jetzige Baudeputierten-Organisation, unsere Forderung hochzuhalten? 2. Bericht der Delegierten. 3. Generalsitzung.
Jeder Bau muss durch einen Delegierten vertreten sein. Auf den Baustellen, wo länger als 9 Stunden gearbeitet und weniger als 55 Pf. pro Stunde gezahlt wird, sind mehrere Kollegen zu beauftragen, zwecks Kartierung dieser Baustellen in der Versammlung zu erscheinen.
133/8 Die Lohnkommission.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5,
empfiehlt seine Säle, 500 Personen fassend. Neu eröffnet: Naturgarten. Stipstage für 300 Pers. Sonnabende im April, Mai, Juni, Juli & noch frei.

